

Ein Mann, der das Geheimnis
der Negev kannte

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

NEUE ZEIT

Nr. 14 • APRIL 1987

ISSN 0233-8335



**SIBIRIEN-PROGRAMM:
GEOLOGISCHE
ERSCHLIESSUNG**

REISE ZU DEN
NAMIBISCHEN FLÜCHTLINGEN

PEREZ ESQUIVEL: „ÜBERLASST
DIE STERNE DEN VERLIEBTEN!“

1917-1987

ZEIT UND MENSCHEN

Er war ein erstaunlicher Mensch. Der auf Fotos mürrisch scheinende Blick von unten herauf verrät eine starke Persönlichkeit und verbirgt ein zartes Fühlen. Dieser Mann schlug Riesensäule in seinen Bann, war aber einem einzigen ungerechten Wort gegenüber wehrlos. Er bereiste viele Länder und gewann Sowjetrußland nur um so mehr lieb. Wie jeder geistreiche Mensch, brachte er andere zum Lachen, lachte aber selbst nur selten. Er liebte die Menschen, aber für sture Leute kannte er keine Gnade. Er sagte, zum Glück brauchte er nur „ein frisch gewasche-

nes Hemd“, und verspottete jedes Spießertum.

Wladimir Majakowski war stets ein patriotischer Dichter. Die russischen Kulturschaffenden standen verschieden zur Revolution. Manche erschranken, andere fanden allmählich zu ihr. Majakowski entschied sich gleich und unwiderruflich: „Das ist meine Revolution.“ Er ging in den Petrograder Smolny, arbeitete, machte alles, was gemacht werden mußte.

Im Herbst 1919 trat im Bürgerkrieg ein kritischer Augenblick ein. Er war entscheidend für die Zukunft der Sowjetmacht. Majakowski ging in die

ПОЛИТЕХНИЧЕСКИЙ МУЗЕЙ

Воскресенье, 10-й Декабря,

в 3 часа дня

ДИСПУТ

ТЕМА: ПОЭЗИЯ — ОБРАБАТЫВАЮЩАЯ ПРОМЫШЛЕННОСТЬ

ДОКЛАДЧИК

ВЛАДИМИР МАЯКОВСКИЙ

ОППОНЕНТ

А. В. ЛУНАЧАРСКИЙ

ТЕЗИСЫ ДОКЛАДА

Ankündigung eines Disputs unter Teilnahme Majakowskis und Lunatscharskis, des ersten Volksbildungskommissars

Russische Telegrafagentur (ROSTA). Er zeichnete aktuelle Plakate, die sogenannten ROSTA-Fenster, und beschriftete sie mit schmissigen Versen. Das war seine Front, und er bot seine ganze Kraft auf. An manchen Tagen verfaßte er 60—70 Plakatbeschriftungen. Schon am nächsten Tag waren sie in aller Munde.

„Von der Revolution einberufen“ — so definierte er seinen Platz im Leben. Schreiben bedeutete ihm für den Menschen und die Menschheit kämpfen. Seine Verse waren geballte Leidenschaft, Gedankengut, er schilderte seine Zeit so, daß er ihr Inbegriff wurde. Majakowski und die Revolution — sie waren füreinander geschaffen, und deshalb werden sie oft zusammen genannt.

„Ich bin ein entschlossener Mensch, ich will mit der Nachwelt selber sprechen und nicht warten, was ihr später einmal meine Kritiker sagen werden“, erklärte der Dichter. Seine Dichtungen bedürfen noch heute keines Mittlers, um bei Millionen Resonanz zu finden.

Majakowski vor ROSTA-Fenstern



IN DIESEM HEFT:

2

Wort des Redakteurs
WIEDER BEDROHUNG!

3

Zum UdSSR-Besuch der britischen
Premierministerin Margaret Thatcher

4

W. Loginow, Stellvertreter
des UdSSR-Außenministers
KOORDINIERT ANSTRENGUNGEN

6

NZ-Umfrage
Auf Fragen der Redaktion
antworten Stephen Rhinesmith (USA)
und Roddick B. Byers (Kanada)

7

Panorama

10

NATO
W. Boikow. VERWIRRUNG IN
BRÜSSEL
ODER DIE ATLANTISCHE DISKUSSION

12

Betrachtungen
Adolfo Perez Esquivel (Argentinien).
"OBERLASST DIE STERNE
DEN VERLIEBTE..."

14

BRD
A. Tolpegin. ALTE PRIORITÄTEN
NEU AUFGELEGT

16

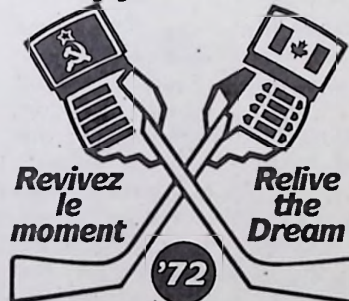
Sowjetunion
J. Schemjakin. SIBIRIEN.
WISSENSCHAFTLICH ERSCHLOSSEN



Kindergarten in einem Lager
namibischer Flüchtlinge



Israel. Vor einem Terrorurteil
gegen Mordechai Vanunu



Emblem des Erinnerungsspiels der
Teilnehmer der "Jahrhundertrunde"
1972

19

NZ-Recherchen
EINE "WIDERSTANDSINTERNA-
TIONALE" GAUKLER BEI DER ARBEIT

22

Hintergrund
J. Korschunow. DROHENDE
ABRECHNUNG

24

Indonesien
A. Jurjew. DIE ARMEE UND IHRE
GEGNER

26

Gemeinsame Betriebe
A. Kusmin, B. Koslow.
"MICROMED" LÄUFT AN

27

Literatur
L. Mletschin. MORAL,
EHRE, GEWISSEN
Dialog mit dem Schriftsteller
Zdenek Pluhar (CSSR)

29

UdSSR--Irak
A. Wassilinow. DIE ZEIT IST
ZEUGE

30

Im Süden Afrikas
N. Reschetnjak. EIN BESUCH
BEI NAMIBISCHEN FLÜCHTLINGEN

32

Sport
A. Pin. KÖNIG
EISHOCKEY

Titelbild: Foto von B. Sadvil

9

Mißhandlung von Demonstranten in Santiago



VERBANNT IN CHILE-CHICO

Nach 12 Jahren
Exil kehrte der
Generalsekretär
der Sozialistischen
Partei Chiles,
Clodomiro Almeyda,
illegal in die Heimat
zurück.
Pinochet persönlich
ordnete an,
ihn nach Chile-Chico
zu verbannen...

NEUE ZEIT

Chefredakteur
V. IGNATENKO
Redaktionskollegium:
L. BESYMENSKI,
S. GOLJAKOW,
J. GUDKOW
(verantw. Sekretär),
A. LEBEDEV,
A. PIN,
B. PISTCHIK
(stellv. Chefredakteur),
A. PUMPIANSKI
(stellv. Chefredakteur),
V. TSCHERNJAWSKI
(stellv. Chefredakteur)
Verantwortlicher
Redakteur der
deutschen Ausgabe
R. KRESTJANINOW

WIEDER BEDROHUNG?

Bei uns in Portugal haben selbst die konservativsten Kreise und das von den Rechtskräften kontrollierte Fernsehen einstimmig Schwierigkeiten damit, die sowjetischen Vorschläge über die Entspannung und internationale Zusammenarbeit zu „deuten“. Dabei zeugen diese Vorschläge meines Erachtens durchaus von den friedlichen, fortschrittlichen und demokratischen Bestrebungen der Sowjetregierung und sind keineswegs als Propaganda abzutun. Ich hoffe, daß Ihre Anstrengungen unbedingt zu einem Aufschwung aller Fortschrittskräfte der Welt führen.

João COUTINHO
Lissabon, Portugal

Die militärische US-Präsenz im Mittelmeer bewirkt eine überaus komplizierte, angespannte Situation. Unter dem Vorwand, den Terrorismus zu bekämpfen, schützen die USA Konflikte. Selbst die imperialistischen europäischen Regierungen schwanken immer mehr und haben immer weniger Lust, sich der abenteuerlichen Brandstifterpolitik der USA anzuschließen. Eine ernsthafte Krise der „Partnertreue“ [die man richtiger sklavische Abhängigkeit nennen sollte] reißt im europäischen Lager heran.

Vincenzo SENIA
Rom, Italien

Heute wird weithin erkannt, daß die Existenz zweier deutscher Staaten, der sozialistischen DDR und der kapitalistischen BRD, ein unverzichtbares Element für das Kräftegleichgewicht in Europa und für die Schaffung eines internationalen Sicherheitssystems bildet. Frieden auf deutschem Boden, Frieden in Europa, Frieden in der Welt - das hängt miteinander zusammen.

Uwe KLENNER
Berlin, DDR

Das ist schon Tradition. Jeden Jahrestag der Reagan-Administration begeht das Pentagon durch einen neuen Bestseller „Die sowjetische Militärmacht“ (lies: militärische Bedrohung). Früher ging das Erscheinen der Broschüre mit einer TV-Ansprache des Präsidenten selbst einher. Von Landkarten, Grafiken und Zahlenkolonnen umgeben, redete er seinen Mitbürgern breit lächelnd ein, die UdSSR stünde „an der Schwelle zu ihrem schlecht geschützten Haus“. Aber von der Iran-Affäre und der seit vier Monaten ersten Pressekonferenz geschwächt, eignete sich Reagan offensichtlich wenig für einen zuversichtlichen Werbespot. Statt seiner zeigte sich der Autor des Vorworts zur 6. Ausgabe der Broschüre auf dem Bildschirm. Verteidigungsminister Weinberger höchstpersönlich.

Er überschüttete die Zuschauer und die an der Fernsehpresskonferenz teilnehmenden Journalisten mit „umwerfenden Angaben“ aus dem Buch: Vierfache Überlegenheit der UdSSR über die USA bei interkontinentalen und bei ballistischen U-Boot-gestützten Raketen, doppelte Überlegenheit der UdSSR bei Jagdflugzeugen, neunfache bei Fla-Raketen. Und so weiter. Moskau habe dem ABM-Vertrag schon den Rücken gekehrt. Die UdSSR entwickle die Rüstungsindustrie nur auf der Basis neuester westlicher Technologien aus den Zivilbranchen. Oder folgende „Tatsache“ auf S. 112: „Die Sowjets richten Laserstrahlen gegen Aufklärungsflugzeuge aus der freien Welt und verursachen bei den Piloten dadurch zeitweilige Blindheit.“ Auf die Frage nach konkreten Zwischenfällen jedoch hörten die versammelten westlichen Journalisten die überraschende Antwort: „Es gab keine.“

Es gab sie also nicht. Oder, anders: Das Ganze entspricht nicht der Wirklichkeit. Wie offenbar auch die meisten anderen im Buch enthaltenen falschen (oder tendenziös ausgewählten) Angaben. Dabei besteht das erklärte Ziel der Herausge-

ber darin, die Wahrheit über Rüstungspotential und Absichten der UdSSR zu sagen.

Wozu diese unverhohlene Desinformation? Weshalb mußte die von den meisten US-Experten anerkannte faktische Parität der UdSSR und der USA auf militärischem Gebiet geleugnet werden? Warum müssen die Autoren die sowjetischen Vorschläge über die Befreiung unseres Planeten von Kernwaffen bis Ende unseres Jahrhunderts, über die Nichtmilitarisierung des Weltraums und die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa totschiweigen? All diese Vorschläge werden im Abschnitt „Die UdSSR und die Rüstungskontrolle“ nicht einmal anstandshalber erwähnt.

Die Antworten auf diese Fragen liegen auf der Hand.

Das Pentagon „entdeckt“ die sowjetische Überlegenheit in der Regel ausgerechnet bei jenen Waffen, für die es im Kongreß neue Bewilligungen zu erhalten hofft.

Demnach ist „Die sowjetische Militärmacht“ eine Salve auf das Kapitäl, wo gegenwärtig die Opposition zu den Pentagon-Plänen immer lauter wird.

Die Kanonen des Pentagon schießen auf US-Geschäftsleute, die wachsendes Interesse an einem ausgedehnteren Handel mit den sowjetischen Partnern zeigen, und auf US-Politiker, die von der Notwendigkeit normaler Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR überzeugt sind. Schließlich auf diese Beziehungen selbst, in denen sich eben erst hoffnungsvolle Ansätze abzeichnen.

Die UdSSR und die USA. Gleich der gesamten Menschheit bahnen diese beiden Länder jetzt ihren Weg ins dritte Jahrtausend. Darf er mit gegenseitigen Beschuldigungen und dem Anheizen der Spannungen gepflastert sein? Nein, sagt man in Moskau fest. Hier sucht man nach Wegen gegenseitiger Verständigung, nach Berührungspunkten. Sehr zum Unterschied von Washington.

Auf höchster Ebene

Seit zwölf Jahren war kein britischer Premierminister mehr zu einem offiziellen Besuch in die Sowjetunion gekommen. Früher, in den 60er und in den 70er Jahren, unter Tory- wie unter Labour-Regierungen, waren die Kontakte auf höchster Ebene recht regelmäßig und produktiv. Leider entwickelten sich in den Jahren danach die Beziehungen zwischen der UdSSR und Großbritannien im politischen wie im wirtschaftlichen Bereich ungleichmäßig. Vorübergehend kam es zu einer längeren Abkühlung.

Eine Wende zeichnete sich im Dezember 1984 ab, als eine sowjetische Parlamentarierdelegation unter Leitung Michail Gorbatschows Großbritannien besuchte. Im Vereinigten Königreich fand das völlig neue Herangehen der Vertreter der UdSSR an die Erörterung aktueller internationaler und bilateraler Fragen damals Beachtung.

Seitdem fanden wichtige und nützliche Kontakte auf verschiedenen Ebenen statt. In der UdSSR wurde eine repräsentative Delegation des britischen Parlaments empfangen. Im Sommer v. J. besuchte UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse London. Wichtige zweiseitige Abkommen wurden unterzeichnet.

Die Stagnation in den Beziehungen zwischen beiden Großmächten, die einst Alliierte gewesen waren und als Sicherheitsratsmitglieder besondere internationale Verpflichtungen haben, machte allmählich einem fruchtbaren Dialog, der in der heutigen Welt lebensnotwendig ist, Platz.

Moskau appellierte immer wieder an London wie an dessen Verbündete, ein neues politisches Denken an den Tag zu legen, nach gemeinsamen Lösungen für die akutesten Fragen der Gegenwart — globale wie regionale — zu suchen und sich für eine "Humanisierung" der internationalen Beziehungen einzusetzen.

In diesem Geist verlief auch der Dialog in Moskau zwischen Michail Gorbatschow und Margaret Thatcher, und das ist ermutigend. Ein ehrlicher Dialog, bei dem man nicht versuchte, akuten Differenzen auszuweichen, auch gegenseitige Vorwürfe und Kritik wurden geäußert. Offenbar gerade so, ohne etwas zu verschweigen, ohne die tatsächliche Weltlage schönzufärben und offenen Einschätzungen der Positionen des anderen auszuweichen, müssen sich heute die Beziehungen auf staatlicher Ebene entwickeln, müssen Verhandlungen geführt werden. Das gibt den Vereinbarungen größeres Gewicht, läßt Differenzen deutlicher werden und er-

laubt somit, sich im weiteren auf eine Annäherung der Ansichten in den Richtungen, in denen das vor allem erforderlich ist, zu konzentrieren.

"Der sowjetisch-britische Dialog", betonte Michail Gorbatschow, "ist ein untrennbarer und wichtiger Bestandteil der heutigen europäischen und Weltpolitik."

Vor den Völkern beider Länder stehen heute neue Probleme, die eine unverzügliche Lösung verlangen — durch gemeinsame oder parallele Anstrengungen. Nicht von ungefähr standen im Mittelpunkt der Gespräche in Moskau Fragen der Zügelung des Wettrüstens.

Die diesbezüglichen Meinungsverschiedenheiten sind immer noch

zitierte Winston Churchill, der erklärt hatte, auf die Atomwaffen solle nicht verzichtet werden, solange man nicht über andere Mittel zur Erhaltung des Friedens verfüge. Doch wir erinnern uns auch an eine andere Warnung Sir Winstons, der dem Osten und dem Westen (nachdem die UdSSR das Kernwaffenmonopol der USA gebrochen hatte) riet, Frieden auf Erden zu schließen, um ihn dann nicht mit dem Herrgott im Himmel schließen zu müssen.

Margaret Thatchers Worte zeugen davon, daß die weltpolitischen Absichten der Sowjetunion auch weiterhin mißverstanden werden — sie sprach von den Befürchtungen, die unsere Erklärungen, wir wollten für den Triumph des



Moskau, Kreml, 30. März. Vor Beginn der Gespräche

groß. Michail Gorbatschow lehnte die Meinung, Sicherheit könne auf einer Politik der Stärke beruhen, entschieden ab. Das ist eine überholte Konzeption, die in der Nachkriegszeit schon viel Unheil angerichtet hat. Die sowjetische Konzeption eines neuen politischen Denkens beruht gerade auf einer Absage an die Politik der Stärke in den heutigen internationalen Beziehungen und an die Doktrin der nuklearen "Abschreckung", die nur zu einer Forcierung des Wettrüstens führt.

Unterdes klingt in Margaret Thatchers Erklärungen oft der Glaube an die Wirksamkeit von "Stärke" und "Festigkeit" in den Ost-West-Beziehungen, die gefährliche Überzeugung von der abschreckenden, ja geradezu friedensstiftenden Rolle der Nuklearwaffen an. Sie

Sozialismus in der ganzen Welt kämpfen, hervorbringen. Unterdes betont Michail Gorbatschow immer wieder, daß die Sowjetunion, die zutiefst an die Vorzüge des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus glaubt, keinerlei ideologische Expansion anstrebt. Im Gegenteil ruft sie zum friedlichen Wettbewerb der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme, zur Durchsetzung der universellen Normen von Moral und Anstand in den internationalen Beziehungen auf.

Das unterschiedliche Herangehen an humanitäre Probleme, an die Fragen der Menschenrechte ist nur natürlich — hier machen sich ideologische Kriterien wohl am stärksten bemerkbar. Hier spielt sich der Westen als Mentor auf und verbreitet Spekulationen. Wir fürchten eine Erörterung dieser strittigen Fragen kei-

neswegs und weichen ihr nicht aus. Doch, wie Michail Gorbatschow bemerkte, "wenn wir schon über die Menschenrechte sprechen, dann laßt uns über alle Rechte sprechen und besonders über jene, die Millionen Menschen berühren".

Offenbar wird auch die Haltung der Sowjetunion zu den Beziehungen Westeuropa-USA nicht voll verstanden — gemäß der schon klassischen Schablone, die UdSSR wolle einen "Keil" zwischen die westlichen Verbündeten treiben. Moskau aber denkt in ganz anderen Kategorien — die UdSSR erkennt die historischen Bindungen zwischen den Staaten und Regionen der heutigen Welt an und ruft Westeuropa nur dazu auf, sich von der Angst vor der UdSSR zu befreien und einen größeren Beitrag zur Weltpolitik zu leisten.

Michail Gorbatschow sagte offen, daß die Sowjetunion, als sie das Problem der Mittelstreckenraketen aus dem Verhandlungspaket herausnahm, mit der Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs gerechnet hatte. Die UdSSR klammerte die Nuklearpotentiale dieser beiden Länder aus, obgleich sie weiter quantitativ und qualitativ verstärkt werden, um den Verhandlungen über einen Abbau der Rüstungen einen Impuls zu geben. Doch wo bleiben Flexibilität und Kompromißbereitschaft der anderen Seite? Als Antwort ist bislang nur die Absicht zu vernehmen, um jeden Preis die eigenen Nuklearkräfte zu bewahren, werden nicht sonderlich überzeugende Zahlen von einer "überwältigenden" Überlegenheit des Warschauer Vertrages bei den Raketen kürzerer Reichweite sowie bei den konventionellen Streitkräften genannt.

Die Haltung der britischen Seite zeugt von der gefährlichen Fehleinschätzung, SDI könne das Gleichgewicht festigen, ohne die internationale Stabilität zu untergraben, und die "Sternenkriegs"-Pläne würden die Lösung der Frage eines Abbaus der strategischen Waffen angeblich nicht beeinflussen.

Michail Gorbatschow machte deutlich: Der Zusammenhang zwischen einer Reduzierung der strategischen Angriffswaffen und der Nichtmilitarisierung des Weltraums habe strategische Bedeutung. Dieses Paket werden wir nie aufschüren, unterstrich der KPdSU-Generalsekretär.

Wie man sieht, werden die zahlreichen Bekundungen guten Willens seitens der UdSSR meist schnell "vergessen", verlangt man von Moskau immer neue Zugeständnisse. Beim Ungleichgewicht zwischen Ost und West geht es also nicht um ungleiche militärische Stärke, sondern um die ungleiche Bereitschaft, sie radikal abzubauen und eine vollständige Beseitigung der Massenvernichtungswaffen anzustreben.

Offenbar könnte Großbritannien eine aktivere und selbständigere Rolle bei der Erreichung zumindest jener Rüstungskontrollabkommen spielen, zu denen es bereit ist. In Moskau zumindest glaubt man, daß sich London da viel konstruktiver zeigen könnte.

Wir sind dafür, Wege zu einer Welt mit weniger Waffen zu suchen. Vertrauen entsteht nicht im luftleeren Raum.

"Persönliche Begegnungen", erklärte Michail Gorbatschow, "sind der beste Weg, nach Berührungspunkten zu suchen und die Positionen in konkreten Fragen einander näher zu bringen. Hier muß man nicht nur selbst sprechen, sondern auch zuhören können. Nicht nur zuhören, sondern auch den anderen verstehen und gemeinsam nach einer Lösung der kompliziertesten Fragen der heutigen Welt suchen. Eben so wollen wir unseren politischen Dialog mit Großbritannien gestalten."

Vertrauen bildet sich allmählich, hier braucht man Geduld, Takt, den erforderlichen Willen und Glauben an den Erfolg. Die sowjetische Öffentlichkeit hofft, daß der Besuch Margaret Thatchers in der UdSSR und ihre Gespräche mit Michail Gorbatschow ein wichtiger Schritt gerade in dieser Richtung waren.

In Moskau fand eine Tagung des Komitees der Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe statt.

Zehn Jahre sind seit der ersten Tagung des Komitees vergangen, das von der höchsten Instanz der Organisation des Warschauer Vertrages, dem Politischen Beratenden Ausschuß (PBA), eingesetzt wurde.

Bei der Moskauer Tagung waren die Minister nicht damit befaßt, Jubiläumsglückwünsche auszutauschen. Es fand vielmehr ein eingehender Meinungsaustausch über die Lage in Europa und in der Welt statt — bleibt sie ja bekanntlich kompliziert, akut, gefährlich.

Im Schlußkommunique der Tagung heißt es: Die von der Sowjetunion in Reykjavik unterbreiteten umfassenden Vorschläge kennzeichnen ein qualitativ neues Herangehen an die Abrüstungsprobleme.

Erneut wurde die Entschlossenheit der verbündeten sozialistischen Staaten unterstrichen, sich für tiefgreifende, radikale Reduzierungen und die Vernichtung der Nuklearwaffen, die Verhinderung eines Übergreifens des Wetrüstens auf den Weltraum und für die strikte Einhaltung des sowjetisch-amerikanischen ABM-Vertrages einzusetzen. Nach Meinung der Minister ist alles zu tun, damit die Vereinbarungen die Gestalt konkreter Abkommen — auf der Grundlage der Fortführung und der Vertiefung des politischen Dialogs zwischen den Staaten — annehmen.

Einstimmig wurde der Vorschlag der Sowjetunion unterstützt, unverzüglich ein Teilabkommen zwischen der UdSSR und den USA zu unterzeichnen, dem zufolge die amerikanischen und die sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa vollständig beseitigt würden. Billigend wurde auch unsere Erklärung aufgenommen, gleich nach Unterzeichnung eines solchen Abkommens die operativ-taktischen Raketen größerer Reichweite aus der DDR und der CSSR in Abstimmung mit den Regierungen dieser Länder abzuziehen, sowie unsere Bereitschaft, sogleich Verhandlungen über die Raketen operativ-taktischer Bestimmung aufzunehmen.

Ebenso einmütig sprachen sich die Minister für die unverzügliche Einstellung des "Sternenkriegs"-Programms des Pentagon sowie für eine Beendigung von Projekten wie der "Europäischen Verteidigungsinitiative" aus. Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, sich für ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffentests einzusetzen.

Auf der Moskauer Tagung wurde eine Erklärung über das Verbot der chemischen Waffen verabschiedet. Der schnellstmögliche Abschluß der Verhandlungen über ein vollständiges und globales Verbot der C-Waffen wird zu einem Hauptziel der Außenpolitik der verbündeten Länder erklärt.

Um gegenseitig annehmbare Lösungen

Beim Besuch des Troiza-Sergej-Klosters von Sagorsk



Koordinierte Anstrengungen

Wadim LOGINOW, Stellvertreter des UdSSR-Außenministers

bei den Verhandlungen zu finden, haben wir eine Reihe neuer Vorschläge für die Deklaration der C-Waffenarsenale, die Sicherstellung des Produktionsverbots für diese Waffen in der zivilen chemischen Industrie und für die Durchführung der Kontrolle, darunter der internationalen, vor Ort und von Überprüfungen auf Antrag unterbreitet.

Zugleich appellierten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an alle anderen Länder, keinerlei Schritte zu unternehmen, die die Erreichung gegenseitig annehmbarer Vereinbarungen bei den Verhandlungen erschweren und diese verzögern könnten: C-Waffen, einschließlich ihrer binären oder aus vielen Komponenten bestehenden Arten, wie sie in Plänen militäristischer Kreise der USA vorgesehen sind, nicht zu erzeugen; keine C-Waffen auf fremden Territorien zu stationieren und sie von jenen fremden Territorien abziehen, wo sie noch gelagert sind, und den Staaten, wo keine C-Waffen lagern, deren Stationierung nicht zu gestatten.

Die Minister behandelten eingehend Fragen der Verwirklichung des Programms für eine umfassende Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen in Europa, das die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Juni 1986 vorgelegt hatten. Bekanntlich verabschiedete damals die Budapest Tagung des PBA einen Appell an die NATO-Staaten und an alle europäischen Länder, in dem sie vorschlug, innerhalb von ein bis zwei Jahren die Truppenstärke der Staaten der gegenüberstehenden militärisch-politischen Bündnisse um 100 000 bis 150 000 Mann auf jeder Seite abzubauen. Anfang der 90er Jahre hätte man dann in ganz Europa — vom Atlantik bis zum Ural — die Landstreitkräfte und die taktische Luftwaffe beider Bündnisse um 25 Prozent reduziert. So würde die Stärke der einander gegenüberstehenden Streitkräftegruppierungen in Europa um über eine Million Mann verringert, wobei vor allem die Truppenkonzentration längs der Nahtlinie zwischen Warschauer Vertrag und NATO abgebaut würde.

Dieses Programm wurde von der europäischen Öffentlichkeit zustimmend aufgenommen. Die führenden Kreise der NATO aber schwiegen sich lange aus und suchten einer Antwort unter dem Vorwand, man müsse die weitreichenden Vorschläge der sozialistischen Länder erst sorgsam prüfen, auszuweichen.

Offenbar hat die NATO bis heute keine klare gemeinsame Position, die

dem Budapester Appell offen gegenübergestellt werden könnte. Manche NATO-Länder zeigen sich an einer Vereinbarung interessiert. Andere stehen einer solchen Perspektive zurückhaltend gegenüber. Die USA und einige ihrer Hauptverbündeten in der NATO aber treten weniger für einen Abbau als vielmehr für eine Verstärkung der Streitkräfte und Rüstungen im Geist der berühmten "Politik der Stärke" ein.

Jetzt müssen die Regierungen Positionen der westlichen Öffentlichkeit berücksichtigen, die sich klar für Verhandlungen auf der Grundlage des Budapester Programms ausspricht. Wie bei der Begegnung der Teilnehmer der Tagung des Komitees der Außenminister mit Michail Gorbatschow zu Recht betont wurde, gewinnen die Initiativen der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages zur Abwendung eines Nuklearkrieges und zur Abrüstung die Sympathien und die Unterstützung der Weltöffentlichkeit, verändern die gesamte weltpolitische Atmosphäre.

Unlängst begannen in Wien, parallel zum KSZE-Nachfolgetreffen, Konsultationen zwischen Vertretern von 23 Staaten — der Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages und der NATO. Ein Auftrag für künftige Verhandlungen über eine Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen vom Atlantik bis zum Ural wird erarbeitet.

Wie die Außenminister in Moskau betonten, treten ihre Staaten für eine Senkung des militärischen Konfrontationsstandes in Europa ein, und zwar so, daß es die Maßnahmen zur Reduzierung der Streitkräfte erlauben würden, die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs wenn schon nicht vollständig auszuschließen, dann doch zu verringern. Die Verwirklichung der Vorschläge der DDR und der CSSR, der VR Bulgariens und der SR Rumäniens für die Schaffung von kern- und C-Waffen-freien Zonen in verschiedenen Regionen Europas könnte zu einem wichtigen Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe werden.

Besondere Aufmerksamkeit auf der Tagung galt der Erörterung aller Aspekte des gesamteuropäischen Prozesses und der Erarbeitung eines solchen Kurses der verbündeten Länder bei dem Wiener Treffen, der zu dessen erfolgreichem Abschluß beitragen würde. Die sozialistischen Länder meinen, bei einer allseitigen Entwicklung könne der gesamteuropäische Prozeß zu einer Art Modell für ein System der umfassenden Sicherheit werden. Das ist unsere prinzi-

pielle Haltung. Erinnern wir uns: Der 1955 geschlossene Warschauer Vertrag beginnt mit Worten, in denen sich das Streben der verbündeten sozialistischen Länder "nach Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa" manifestiert, "das sich auf die Beteiligung aller europäischen Staaten, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, gründet, was es erlauben würde, ihre Anstrengungen im Interesse der Sicherung des Friedens in Europa zu vereinen".

Das Wiener Treffen ist jetzt in die Phase verantwortungsvoller Handlungen und Entscheidungen getreten. Verbal stimmen dem im Grunde alle zu. In Wirklichkeit aber sind die Vertreter vieler NATO-Länder bemüht, die Abrüstungsprobleme aus dem Helsinki-Prozeß auszuklammern sowie die neutralen und die nichtpaktgebundenen Länder von deren Erörterung fernzuhalten.

Die Teilnehmer der Moskauer Tagung erklärten, daß im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses die Fragen der Sicherheit und der Abrüstung behandelt und gelöst werden müssen. Eben darauf ist der von Polen auf dem Wiener Treffen unterbreitete Vorschlag gerichtet, das Mandat der Stockholmer Konferenz durch Abrüstungsfragen zu ergänzen, die parallel zur Ausarbeitung solcher Maßnahmen wie dem allmählichen Abbau der militärischen Aktivitäten, besonders der beiden Militärbündnisse, der Benachrichtigung über selbständige Übungen der Luft- und der Seestreitkräfte und der Erfassung der Territorien aller KSZE-Staaten durch vertrauensbildende Maßnahmen zur Schaffung eines militärischen Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Stand führen würden.

Zur weiteren Entwicklung und Vertiefung des gesamteuropäischen Prozesses tragen auch solche Aktionen der sozialistischen Staaten bei, wie die Vorschläge für die Einberufung eines Wirtschaftsforums in Prag, einer Konferenz über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in Bukarest und eines ökologischen Forums sowie der Vorschlag der Sowjetunion, in Moskau eine Konferenz zur Entwicklung der humanitären Zusammenarbeit abzuhalten.

Die Außenminister der Bruderländer bekundeten so das Streben, alles zu tun, damit das KSZE-Nachfolgetreffen in Wien in konstruktivem Geist verläuft, damit seine Beschlüsse das neue Denken in internationalen Fragen demonstrieren und die Festigung von Frieden und Sicherheit, die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt fördern. Sie appellierten aus Moskau an alle Teilnehmerländer des Wiener Treffens, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit das Forum mit der Annahme bedeutungsvoller und ausgeglichener Entscheidungen abgeschlossen wird.



IST EINE KERNWAFFENFREIE WELT MÖGLICH UND WIE STELLEN SIE SICH DIE GRUNDLAGEN DER INTERNATIONALEN STABILITÄT VOR?

Stephen Rhinesmith:

SIMPLE ANTWORTEN GIBT ES NICHT

Stephen Rhinesmith ist Botschafter der USA, Koordinator des Präsidentenprogramms für amerikanisch-sowjetischen Austausch.

Wie wird unsere Zukunft aussehen? Wird sie ohne Kernwaffen sein? Frieden — das ist ein sehr komplizierter Begriff, und simple Antworten gibt es hier nicht. Die Frage einer kernwaffenfreien Welt hängt, wie ich meine, nicht nur von den USA und der UdSSR ab, sondern auch von vielen anderen Ländern und den Menschen, die dort leben — obgleich sie natürlich in großem Maße von den Beziehungen zwischen unseren beiden Mächten abhängt. Es ist völlig klar, daß die Frage des Vertrauens hier, wie man sagen kann, erstrangige Bedeutung erlangt. Wenn Menschen über Programme des kulturellen Austauschs sprechen, dann sind das im Grunde Versuche, als Vorbedingung das gegenseitige Vertrauen zu festigen, um Fortschritte bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen zu erzielen. Zweifellos wird der Bereich der nationalen Sicherheit der USA für uns stets primär sein. Doch wir wollen so verfahren, daß das Überleben der Menschheit nicht gefährdet wird. Das ist ein langsamer und komplizierter Prozeß (ich meine den Weg zum Abschluß von Abkommen), zudem nicht nur für die USA und die UdSSR, sondern auch für unsere Verbündeten, für die anderen Länder, die Zugang zu Nuklearwaffen haben: Sie werden gleichfalls die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen müssen.

Seit vielen Jahren versuche ich Menschen, die ihre eigenen Vorstellungen von sich haben, zu helfen, jene, die sich von ihnen unterscheiden, besser zu verstehen. Und ich meine, daß wenn sich die Menschen nicht bemühen zu erkennen, wie sie sich in die Vielfalt der Kulturen, der politischen und philosophischen Strömungen einfügen, wenn sie ihren Platz nicht bestimmen können, wir auch in Zukunft mit Routine, Chauvinismus und Argwohn konfrontiert werden. Es wird keine Stabilität in der Welt geben. Deshalb möchte ich zusammen-

fassend sagen: Die Frage der Stabilität ist sehr eng sowohl mit der Wirtschaft als auch mit den Vorstellungen der Menschen verbunden. Gerade in diesen Bereichen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen wird jetzt eine große Arbeit geleistet.

In diesem Jahr werden mehr Künstler als im Vorjahr aus den USA in die UdSSR kommen, intensiver wird sich der Austausch von Fachleuten in verschiedenen Bereichen der Wissenschaft und des gesellschaftlichen Lebens gestalten, wird die Zahl der amerikanischen Schüler, die

ihre Altersgefährten in der Sowjetunion besuchen werden, bedeutend — von 1500 auf 4000 — zunehmen. Wir hoffen, daß auch die Zahl der Sowjetbürger, die in die USA reisen, insbesondere der jungen Menschen, zunehmen wird.

Natürlich haben wir nach wie vor Differenzen über die Menschenrechtsproblematik, über Probleme der Emigration und andere Fragen, die mit einem freien Informationsfluß, mit dem freien Austausch von Ideen und Menschen zusammenhängen. Doch ich möchte sagen, daß heute für private Organisationen der USA die Zusammenarbeit mit der sowjetischen Seite viel leichter und einfacher geworden ist als noch vor kurzem. Ich meine, daß die amerikanische Privatwirtschaft großes Interesse an einer partnerschaftlichen Teilnahme bei jenen Veränderungen zeigt, die sich in Ihrem Land vollziehen. ■

Roddick B. Byers:

EIN SCHÖNES ZIEL, ABER...

Roddick B. Byers ist Direktor des Zentrums für internationale und strategische Forschungen der Universität York (Kanada)

Ich meine, eine kernwaffenfreie Welt ist unmöglich. Das ist ein schönes Ziel, doch dabei ist zu berücksichtigen, daß Ost und West nun schon über 40 Jahre Nuklearwaffen als Mittel zur Gewährleistung der Sicherheit betrachten, und angesichts der komplizierten Lage glaube ich, daß sie auch in Zukunft so oder so Nuklearkräfte als Instrument der Abschreckung ansehen werden. Zudem müssen wir berücksichtigen, daß außer den USA und der UdSSR auch andere Länder über Kernwaffen verfügen.

Deshalb wird es wohl auch im Jahr 2000 noch Kernwaffen geben, die wir aus Sicherheitserfordernissen beibehalten werden. Zugleich muß ihre Zahl bedeutend verringert werden. Reykjavik war zweifelsohne ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es ist erforderlich, daß die Amerikaner und die Russen die Erörterung einer Reduzierung der Nuklearwaffen fortsetzen.

Was SDI angeht, so wird dieses Projekt, wie es sich Präsident Reagan

denkt, aus wirtschaftlichen, politischen und technischen Gründen kaum realisierbar sein.

Als reale Grundlagen der internationalen Stabilität würde ich zwei Aspekte hervorheben. Erstens wären wir — damit meine ich die ganze Welt, Ost und West — in einer vorteilhafteren Lage, wenn wir ein Gleichgewicht der offensiven und der defensiven Kräfte zur Gewährleistung der strategischen Stabilität erreichen könnten, wobei die Zahl der nuklearen Offensivwaffen bedeutend zu verringern wäre. Diese Idee ist mit sowjetischen Sicherheitsvorstellungen historisch vereinbar.

Und zweitens das Verhältnis von Nuklear- und konventionellen Waffen. Diese Frage beunruhigt viele Europäer. Dabei stimme ich Generalsekretär Gorbatschow zu, der sagte, daß dieses Problem im Kontext von Verhandlungen über eine europäische Abrüstung erörtert werden müsse. ■

CHINA

Erfolge

und

Probleme

● IN PEKING IST DER VI. NATIONALE VOLKSKONGRESS ZU SEINER 5. TAGUNG ZUSAMMENGETRETEN

Die Abgeordneten des höchsten Organs der Staatsmacht der VR China erörtern den Bericht über die Arbeit der Regierung im vergangenen Jahr, den der amtierende Generalsekretär des ZK der KPCh und Premier des Staatsrates der VR China, Zhao Ziyang, verlas. Sie werden den Plan für die ökonomische und soziale Entwicklung verabschieden und den Staatshaushalt für 1987 bestätigen.

Auf der Tagung wurde betont, daß China im vergangenen Jahr in seiner sozialökonomischen Entwicklung vorangekommen ist. Die Volkswirtschaft entwickelte sich insgesamt stabil. Die Bruttoproduktion in Industrie und Landwirtschaft stieg gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Prozent. 1986 wurden 391,09 Mio t Getreide eingebracht - 11,98 Mio t mehr als 1985. Die Realeinkommen (unter Berücksichtigung steigender Preise für Bedarfsartikel und Dienstleistungen) der Stadtbewohner stiegen um 13 Prozent, die der Bauern um 3,2 Prozent.

Zugleich bleiben, wie auf der Tagung betont wurde, akute Probleme ungelöst. So ist der Anteil der Investitionen in den Bau von Schlüsselobjekten relativ gering. Im Staatshaushalt 1986 entstand aus verschiedenen Gründen ein Defizit von 7,08 Md. Yuan, die Einzelhandelspreise einiger Waren kletterten durchschnittlich um 6 Prozent, die Devisenausgaben



„Wie schön! Es heißt, Gott habe die Welt in sechs Tagen erschaffen. Dafür kann ich sie in einem Augenblick zerstören!“

Zeichnung: W. Arsenjew

und -einnahmen konnten nicht ausgeglichen werden.

Die Wirtschaftsreform wird fortgeführt. Wie Zhao Ziyang sagte, soll die Reform in den Industriebetrieben vertieft werden, um sie in relativ eingeständige wirtschaftliche Einheiten, die nach den Prinzipien der Eigenfinanzierung

und der Rentabilität arbeiten, zu verwandeln.

Auf der heutigen Etappe wird der Ausweitung der Außenwirtschaftsbeziehungen, einer effektiven Nutzung des Auslandskapitals, der modernen Technik und Technologie sowie der verstärkten Heranziehung von Devisen aus dem

Export große Bedeutung beigemessen. In dem Bericht war davon die Rede, wie wichtig es ist, ausländische Unternehmer zur Schaffung von Betrieben, die auf chinesischem und ausländischem Kapital beruhen, in Zusammenarbeit oder ganz auf Auslandskapital basierend, zu gewinnen.

Zum ideologisch-politischen Bereich konstatierte Zhao Ziyang, daß dank der Arbeit der letzten Monate die ideologische Strömung der "bürgerlichen Liberalisierung" zurückgegangen ist. Nichtsdestoweniger werden, um ihren Einfluß zu beseitigen, noch nicht geringe Anstrengungen erforderlich sein.

Im außenpolitischen Abschnitt des Berichts heißt es, daß die heutige Weltlage kompliziert bleibt und die Gefahr eines Krieges weiter besteht. Doch die Stärkung der Friedenskräfte macht die Erhaltung des Weltfriedens durchaus möglich. China wird auch weiter eine eigenständige und unabhängige Außenpolitik verfolgen und sich um die Wiedervereinigung der Heimat bemühen. Hierbei betonte Zhao Ziyang die Bedeutung des Abkommens zwischen den Regierungen der VR China und Portugals über Aomen (Macao).

Die winzige portugiesische Kolonie, wo auf nur 15,5 Quadratkilometern ca. 500 000 Chinesen und an die 10 000 Portugiesen leben, soll am 20. Dezember 1999 an die VR China übergeben werden — also zwei Jahre nach Übergabe der britischen Kronkolonie Xianggang (Hongkong) mit ihren 6 Millionen Einwohnern an China. Entsprechend diesen Abkommen wird sowohl in Xianggang als auch in Aomen nach ihrer Rückgabe an China 50 Jahre lang die heute dort bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung bestehen bleiben.

Die Tagung wird ein Gesetz über die Bauernkomitees verabschieden. Bei der vor acht Jahren eingeleiteten neuen Agrarreform waren die Volkskommunen, in denen die administrative und wirtschaftliche Macht konzentriert war, beseitigt und die Amtsbezirke, die mit administrativen Rechten versehen wurden, wiederhergestellt worden. Die Bauernkomitees entstanden dabei als Organe der Selbstverwaltung. Ihr Status soll jetzt gesetzlich verankert werden.

Die Tagung des Nationalen Volkskongresses, die am 25. März begann, wird ihre Arbeit am 16. April beenden.

M. JAKOWLEW

INDIEN

Regionalwahlen von großer Bedeutung

● AM 23. MÄRZ FANDEN IN DREI UNIONSSTAATEN WAHLEN ZU DEN DORTIGEN GESETZGEBENDEN VERSAMMLUNGEN STATT.

Diese Unionsstaaten sind Dschammu und Kaschmir im Norden, Kerala im Süden und Westbengalen im Osten. In diesen Unionsstaaten leben 60 Millionen Wähler — mehr als die Einwohnerzahl eines beliebigen westeuropäischen Landes. Über 3000 Kandidaten bewarben sich um die mehr als 500 Abgeordnetenmandate. Doch vor allem war es die erste Kraftprobe seit den allgemeinen Wahlen von 1984 zwischen dem regierenden Indischen Nationalkongreß (I) und der Opposition. Damals, unmittelbar nach der Ermordung Indira Gandhis, errang der INC(I) die überwiegende Mehrheit im Zentralparlament. Doch in einigen Unionsstaaten sind nicht Kongreß-Vertreter an der Macht oder regieren nur mit der Unterstützung lokaler Parteien. Das gilt auch für die drei besagten Unionsstaaten.

In Dschammu und Kaschmir regierte der INC(I) im Bündnis mit der lokalen islamischen Nationalkonferenz. Diese Allianz siegte auch diesmal und wird die Regierung bilden. Die klerikal-chauvinistischen und die anderen reaktionären Gruppierungen erlitten eine schwere Schlappe. Ein solcher Wahlausgang wird es erlauben, den Separatismus in diesem grenznahen Unionsstaat wie im benachbarten Punjab erfolgreich zu bekämpfen.

In Westbengalen steht der INC(I) schon seit langem in

unversöhnlicher Opposition zur dortigen Regierung der Linksfrent, die von der KPI(M) geleitet wird. Die Wähler unterstützen schon zum dritten Mal diese Front, die zwei Drittel der Mandate in der gesetzgebenden Versammlung errang.

In Kerala leitete der INC(I) die Regierungskoalition einiger lokaler Parteien. Bei den jetzigen Wahlen errang die Linke Demokratische Front unter Führung der KPI(M) eine klare Mehrheit und kann so die Regierung bilden.

Die von dem INC(I) geführte Koalition geriet in Kerala in einen üblen Ruf, gekennzeichnet durch Korruption, lokale Engstirnigkeit und Fraktionskämpfe, was auch die Stimmung der Wähler beeinflusste.

So verlor die Regierungspartei des Landes in Südindien den letzten Unionsstaat, in dem sie an der Macht war. Insgesamt werden jetzt in 9 von 24 Unionsstaaten die dortigen Regierungen nicht vom INC(I) geleitet.

Der Mißerfolg in Kerala kann sich ungünstig auf Rajiv Gandhis Ansehen auswirken, der den Wahlkampf des INC sowohl in diesem Unionsstaat wie in den beiden anderen leitete. Sein nach wie vor großes Ansehen vermochte den Einfluß örtlicher Faktoren nicht zu neutralisieren.

Zugleich widerspiegeln Lokalkahlen natürlich nicht unbedingt die gesamtstaatliche Lage der einen oder anderen Partei. In den letzten Jahren hat man gesehen, daß, wenn es um gesamtstaatliche Probleme und die Außenpolitik geht, die Wähler meist für den INC(I) stimmen, da sie in ihm den Garanten für den Kurs von Jawaharlal Nehru und Indira Gandhi sehen. So geschah es auch diesmal. Am Tag des lokalen Urnengangs fanden Nachwahlen zum Zentralparlament statt. Alle drei Kandidaten des INC(I) errangen dabei einen eindeutigen Sieg. Lokale Leidenschaften hatten den Wählern nicht den Blick auf gesamtstaatliche Prioritäten versperrt.

L. SHEGALOW
NZ-Korrespondent

Delhi

PERSISCHER GOLF

Man schürt Unruhe

● DAS PENTAGON SCHLUG EIN WEITERES MAL ALARM.

Der Anlaß: Angeblich hat der Iran an der Straße von Hormus, die aus dem Arabischen Meer in den Persischen Golf führt, Raketenbatterien aufgestellt und kann dort die Schiffsfahrtswege sperren. Genauere Angaben darüber, daß diese Batterien tatsächlich aufgebaut wurden oder daß der Iran zumindest über sie verfügt, besitzen die USA nicht — das gestehen Vertreter der US-Administration ein. Nichtsdestoweniger erklärt Washington, in der Golfregion sei eine neue Bedrohung entstanden.

Also — klare Angaben gibt es nicht, und iranische Raketenstellungen, die die Straße von Hormus bedrohen, wurden gleichfalls nicht ermittelt. Unzählige Bordgeschütze der U. S. Navy aber sind bereits auf die Küste gerichtet — eine ganze Armada von 18 Schiffen unter dem Flugzeugträger "Kitty Hawk". Das ist eine nicht imaginäre, sondern durchaus reale Bedrohung für die Schifffahrt im Persischen Golf und die Anrainerstaaten.

Offensichtlich ist die "iranische Bedrohung" nicht mehr als ein Vorwand für die USA, um sich in das Geschehen in der Region einzumischen und die belebteste Orlarie der Welt unter Kontrolle zu bringen. Diese Provokation hat Washington von langer Hand vorbereitet. Bereits im Januar beklagte sich Ex-Verteidigungsminister James Schlesinger darüber, daß in der Golfregion bislang keine US-Truppen stationiert sind. Er verlangte Abhilfe, indem zwei Flugzeugträgerverbände Dutzende Kriegsschiffe mit Kampfflugzeugen an Bord — in den Persischen Golf entsandt werden.

Schlesingers Offenbarungen könnte man als Rückfall in die Kriegspsychose abtun, wenn sie sich nicht auf Erklärungen von Vertretern der Administration stützen würden, sie sei bereit, ihre strategischen Interessen in der Golfregion zu sichern. Hierbei wurde auf eine "gewisse Macht" angespielt, die angeblich jeden Augenblick die Ölfelder der Golfregion unter ihre Kontrolle bringen, ja die in den Golfstaaten bestehende politische Ordnung verändern könne.

Doch die Einschüchterung der Golfstaaten durch eine nichtexistente Bedrohung aus dem Norden ruft entgegen Washingtons Wunsch bei den Völkern der Region keine Panik hervor. Dort versteht man Kommentaren der einheimischen Presse zufolge, daß es sich um falschen Alarm handelt und dabei schon viele Jahre nur das Ziel verfolgt wird, den an der Küste des Persischen Golfs gelegenen arabischen Staaten US-Militärstützpunkte aufzuzwingen. Den amerikanischen Militaristen gelang es nicht, sich in der Region festzusetzen. Und so gehen sie eben, da man sie nicht durch die Tür läßt, durchs Fenster. Das Pentagon stellt ungebeten Wachposten an den Zugängen zum Persischen Golf, in der Straße von Hormus, auf.

Überdies sind die USA der "New York Post" zufolge bereit, einen Schlag gegen den Iran unter dem Vorwand der "Verteidigung der Schifffahrt" in der Golfregion zu führen. Gestützt auf offizielle Vertreter der U.S. Navy, schreibt die Zeitung, der Flugzeugträger "Kitty Hawk" habe bereits Gefechtsstellung bezogen. Und erst vor relativ kurzer Zeit antwortete Pentagon-Sprecher R. Sims auf Bitten von Journalisten, Meldungen zu kommentieren, der Flugzeugträger bewege sich auf den Persischen Golf zu. "Ich weiß nicht, welchen Kurs die 'Kitty Hawk' steuert."

Möglicherweise hat Sims durch seine "Unwissenheit" jemanden ins Bockshorn gejagt. Doch sehr schnell schon wurde für Klarheit gesorgt. Heute ist deutlich, daß das Weiße Haus durch die Entscheidung einer Armada in den Persischen Golf Kurs auf die Destabilisierung der Lage in der Region genommen hat.

A. KAPRALOW

CHILE

Chile-Chico 288

● AM 26. MÄRZ WURDE DER GENERALSEKRETÄR DER SOZIALISTISCHEN PARTEI CHILES, CLODOMIRO



Demonstranten protestieren gegen die Menschenrechtsverletzungen in Chile

Foto: AFP-TASS

ALMEYDA, IN DEN ÄUSSERSTEN SÜDEN DES LANDES NACH CHILE-CHICO VERBANNT.

Seit ihrem Bestehen erreichten diese Ortschaft nicht so viele Anrufe aus aller Welt wie dieser Tage. Das kleine Fernsprechamt konnte nur mit Mühe und Not rund um die Uhr die Gespräche vermitteln, die pausenlos nicht nur aus Santiago und anderen chilenischen Städten, sondern auch aus Buenos Aires, Madrid, Paris und Berlin eingingen...

Clodomiro Almeyda war Außenminister in Salvador Allendes Regierung der Unidad Popular. Nach dem Militärputsch von 1973 wurde er verhaftet und zusammen mit anderen Ministern und führenden Politikern (darunter auch dem Generalsekretär der KP Chiles, Luis Corvalan) in ein KZ auf der menschenleeren Insel Dawson im Süden der Magellanstraße verbannt.

Unter dem Druck der Weltöffentlichkeit mußte Pinochet zwei Jahre später das Lager schließen und diese Gruppe von Häftlingen freilassen. Sie alle wurden des Landes verwiesen — wie weitere Zehntausende Chilenen. Viele emigrierten selbst, um ihr Leben zu retten. Andere (es sind Hunderttausende), Opfer der Wirtschaftskrise, verließen die Heimat auf Suche nach Arbeit.

Nach Schätzungen der katholischen Kirche Chiles leben heute nicht weniger als eine Million Chilenen in vielen Ländern Lateinamerikas und Europas im Exil — und das bei einer Gesamtbevölkerung von nicht mehr als 11 Millionen.

Die Emigranten kämpfen schon viele Jahre für die Anerkennung ihres Rechts auf Heimat. Diese Forderung findet ein großes Echo selbst in Kreisen, die der regierenden Junta nahestehen. Deshalb mußte Pinochet einige Zugeständnisse machen. In den letzten Jahren durften viele Ausgewiesene zurückkehren. Doch bislang stehen noch ca. 2000 Emigranten, die der Diktator als "Gefahr für die nationale Sicherheit" betrachtete, auf der schwarzen Liste. Unter denjenigen, denen mit dieser Begründung die Rückkehr verweigert wurde, war auch Clodomiro Almeyda.

Nach 12 Jahren Emigration beschloß er, illegal in die Heimat zurückzukehren. Einige Stunden nach Almeydas Eintreffen in Chile mußte er vor Gericht treten. Vor dem Gerichtsgebäude hatten sich Tausende von Chilenen versammelt, um den Patrioten zu begrüßen. Der Richter ließ Almeyda auf freien Fuß und erlaubte ihm, in Santiago zu leben. Selbst rechte Gruppierungen, die sich nicht gegen die Diktatur wenden, unterstützten diesen Beschluß. Doch was bedeutet Gesetzlichkeit für Pinochet? Er persönlich befahl, den Ex-Minister zu verhaften und für 90 Tage nach Chile-Chico zu verbannen. Dort wurde er unter strenge Polizeiaufsicht gestellt (zweimal täglich muß er sich in einer Kaserne melden).

Das Telefon unter der Nummer 288 in Chile-Chico, wo sich Clodomiro Almeyda befindet, läutet ununterbrochen. In der vergangenen Woche wurde sogar — was beispiellos ist! — aus Moskau angerufen. Aus der sowjetischen Hauptstadt konnte ich mit diesem Mann sprechen, der beispielhaften Mut und enorme Standhaftigkeit demonstriert. Obgleich die Verbindung schlecht, das Gespräch kurz und zudem ununterbrochen war, konnten wir doch Clodomiro Almeydas Worte hören: "Ich möchte meine Genugtuung über die Rückkehr in die Heimat zum Ausdruck bringen... Wenn ich auch auf Beschluß des Regimes nach Chile-Chico verbannt wurde, so bin ich doch unendlich froh, daß ich erneut mit meinem Volk und in meinem Land lebe — zwölf Jahre nach der Ausweisung." Almeyda dankte allen, die in Chile und im Ausland ihre Solidarität mit ihm bekundeten und äußerte die Gewißheit, daß der mutige Kampf des chilenischen Volkes letztlich zur Wiederherstellung der Demokratie führen werde.

Über 400 politische Häftlinge in chilenischen Gefängnissen sind in den Hungerstreik getreten. Almeydas Rückkehr trotz Pinochets Verbot hat den Patrioten Chiles, allen Kämpfern gegen die faschistische Diktatur neue Kraft gegeben.

Jose Miguel VARAS
chilenischer Journalist

Verwirrung in Brüssel

oder die atlantische Diskussion über "Sternenkriege", kernwaffenfreie Perspektiven und konventionelle Rüstung

„In der Nordatlantikunion schwirrt es wie in einem aufgestörten Wespennest“, sagte ein westlicher Kollege über die gegenwärtige Situation im NATO-Hauptquartier. Das geht schon seit Monaten so. Zuerst die Reaktion auf Reykjavik und die dort erörterte Idee der Beseitigung von Kernwaffen. Dann auf den Bruch der US-Administration mit den SALT-II-Bestimmungen. Die Erörterung einer eventuellen Reduzierung der konventionellen Waffen verlief stürmisch. Kaum hatten sich diese Leidenschaften gelegt, da entzündeten sich neue. Zwei Themen kamen an die Tagesordnung. Washington ging daran, die Pläne der Stationierung der ersten SDI-Staffel zu besprechen und den ABM-Vertrag diesen Plänen anzupassen. Moskau kam dem Westen entgegen und erklärte sich bereit, das eurostrategische Problem gesondert zu lösen.

Über „Sternenkriege“

Die US-Versuche, den Waffen den Weg in den Weltraum zu ebnen, beunruhigten die Westeuropäer. Wie die Wochenschrift „NATO Report“ schrieb, befürchte man hier, daß „die Ausfälle gegen den ABM-Vertrag und eine frühe SDI-Entfaltung den Vertrag selbst und die Hoffnungen auf neue Abkommen unterminieren“. Laut Pressemeldungen verwiesen der Bundesaußenminister Genscher, sein belgischer Amtskollege Tindemans und andere Washington darauf, daß die SDI-Forschungen nicht über den Rahmen hinausgehen dürfen, den der ABM-Vertrag in seiner üblichen Interpretation festlegt. Kritik hörte man aus Amsterdam, London, Rom und anderen Hauptstädten.

Die ursprünglichen Versuche, die „in Panik geratenen“ Partner zurechtzuweisen oder einfach zu überhören, lösten die Spannungen nicht. NATO-Generalsekretär Carrington richtete eine übermässige Forderung an Washington, keine Entscheidungen zu treffen, ohne seine Bündnispartner zu Rate gezogen zu haben.

Die NATO-Länder mögen zu Einzelproblemen unterschiedliche Meinungen vertreten. Aber das Ergebnis der atlantischen Diskussionen läuft in der Regel auf die Unterstützung der US-Position hinaus. Washington ist es so gewöhnt, und die Juniorpartner hätten über seine gereizte Reaktion auf ihre Kritik eigentlich nicht staunen sollen, zumal ihre eigene Haltung gegenüber



Caspar Weinberger (I.) und Lord Carrington. Worüber sinnieren der Pentagon-Chef und der NATO-Generalsekretär? Was können sie den Initiativen aus Moskau außer der leeren Handfläche anbieten!

Foto aus „NATO Review“ (Belgien)

SDI inkonsequent und widersprüchlich ist. Bekanntlich war die erste Reaktion der westeuropäischen Spitzenpolitiker auf die amerikanischen Star-War-Pläne negativ.

Dann begannen Rückzieher. Großbritannien, die BRD und Italien schlossen sich SDI offiziell an. Andere Länder, z. B. Frankreich, erklärten, keine Einwände gegen eine Teilnahme der nationalen Firmen an diesem Unternehmen zu haben.

Wie werden sich die Westeuropäer weiter verhalten? Angesichts der Gesinnung im US-Kongreß könnten eine feste Haltung der Bündnispartner und ihr

Verzicht auf die Teilnahme an der Militarisierung des Weltraums die Verwirklichung der Star-War-Pläne ernsthaft behindern. Nach allem zu urteilen, hält man in Washington so etwas jedoch für wenig wahrscheinlich: Das Geschrei werde sich legen, und die werden - im Namen der atlantischen Solidarität - klein beigeben. Schließlich sei das schon immer so gewesen.

Man nehme den SALT-II-Vertrag. Auf der Frühjahrstagung des NATO-Rates 1986 löste die Absicht, gegen die vom Vertrag auferlegten Beschränkungen zu verstoßen, eine für die Washingtoner Administration wenig erfreuliche Polemik aus. Ein halbes Jahr später, auf der winterlichen Ratstagung, die kaum zwei Wochen nach dem Verstoß der USA gegen die „Limits“ von SALT II stattfand, stand diese Frage schon im Hintergrund. Nach einer Serie amerikanischer „Erläuterungen“ und „Konsultationen“ verschoben einige westeuropäische Spitzenpolitiker die Akzente. Nun redeten sie davon, beide Seiten hätten SALT II einzuhalten. Einige von ihnen schrieben

der UdSSR sogar Verstöße zu - die USA hatten es ihnen vorgemacht. Aber die Haltlosigkeit solcher Vorwürfe liegt auf der Hand.

In den letzten Februartagen waren Paul Nitze und Richard Perle in Europa und besuchten auch die NATO-Residenz. Washington schickte sie auf die Reise, um sozusagen nicht gegen die Anstandsregeln zu verstoßen und sich mit seinen Partnern zu „beraten“ zu haben. Genauso wie seinerzeit über SALT II. Nach diesen Konsultationen traten jedoch in der US-Position keine grundsätzlichen Veränderungen ein. Nur daß Washingtons polemischer Ton vielleicht weniger scharf wurde.

Über kernwaffenfreie Perspektiven

Reykjavik war für die atlantische Gemeinschaft besonders strapaziert. Die Perspektive einer kernwaffenfreien Welt mißfiel nicht nur im Hauptquartier des Obersten Befehlshabers der Vereinten NATO-Streitkräfte Europa, sondern auch vielen Politikern. Im Ergebnis rückte der Westen von den Positionen, die in der isländischen Hauptstadt erreicht wurden, ab. Aus der Haltung der amerikanischen und westeuropäischen Führung ging hervor, daß sie nicht dazu bereit war, Kernwaffen bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu vernichten. Die NATO gibt der 50prozentigen Reduzierung der sowjetischen und der amerikanischen strategischen Arsenale den Vorrang.

Daß man dort die nuklearen Keller unseres Planeten nicht räumen will, hat mehrere Gründe. Die atlantischen Experten meinen, es seien die Kernwaffen, die „West und Ost 40 Jahre Frieden gesichert“ haben.

Eine Entnuklearisierung Europas erscheint ihnen unrealistisch. Die „Null-Option“, die ja ursprünglich von der NATO kam, wird abgelehnt. Warum? Weil die Beseitigung der sowjetischen und amerikanischen Raketen für den Westen unvorteilhaft sei. In diesem Fall werde er die „erdrückende Übermacht“ der UdSSR bei Raketen mit einer Reichweite von weniger als 1000 km durch nichts wettmachen können, und bei den konventionellen Rüstungen drohe ihm eine nicht weniger „gefährliche Disparität“. Außerdem würde der Abzug der amerikanischen Euroraketen die Rüstungspotentiale der USA und Westeuropas auseinanderbringen und die Alte Welt nahezu wehrlos machen.

Der griechische Premierminister Papandreu nannte solche Argumente in einer Rede vor dem Parlament Mitte Februar haltlos. Das stimmt. Wir wollen das am Beispiel der Kurzstreckenraketen (Reichweite nicht über 1000 km) veranschaulichen. In Reykjavik schlug die UdSSR vor, gleich nach Beseitigung der Euroraketen diese Waffen quantitativ einzufrieren und sofort über ihr weiteres Schicksal zu verhandeln. In seiner Erklärung vom 28. Februar kam Michail Gorbatschow dem Westen einen weiteren Schritt entgegen. Nach Abschluß eines Abkommens über die Beseitigung der sowjetischen und der amerikanischen Mittelstreckenraketen aus Europa werde die UdSSR ihre operativ-taktischen Raketen erhöhter Reichweite aus der DDR und der CSSR abziehen. Im Hinblick auf die anderen Nuklearraketen sei die UdSSR bereit, sofort in Verhandlungen zu treten, um auch sie zu reduzieren und vollends zu beseitigen. Das dürfte klar genug formuliert sein. Inzwischen verknäueln die NATO-Politiker das Ganze immer mehr.

Einst sagte Disraeli: „Auf der Welt bestehen Lügen, gemeine Lügen und Statistiken.“ Zu solcherlei Statistiken

gehört die Behauptung, der Warschauer Vertrag habe eine mehrfache Überlegenheit bei den konventionellen Waffen. Zieht man alle Faktoren - den qualitativen und quantitativen Aspekt der konventionellen Rüstungen, die (vorläufig ausgeklammerten) Rüstungspotentiale Frankreichs und Spaniens - in Betracht, so sieht man, daß die Kräfte annähernd gleich sind. Im vorigen Jahr erklärte George Shultz z. B.: „Wenn ich höre, in einer kernwaffenfreien Welt werde man uns bei den Kräften allgemeiner Bestimmung überholen, nehme ich das einfach nicht ab.“ Vor kurzem sprach Senator Pell, der dem Auswärtigen Ausschuß des Senats vorsteht, einen ähnlichen Gedanken aus. Und die maßgebliche Brookings Institution zog den Schluß: Das Verhältnis zwischen Warschauer Pakt und NATO im Bereich der konventionellen Kräfte ist nicht nur paritätisch, sondern zeige sogar einen gewissen Überhang zugunsten des Westens.

Die Frage nach einer „Disharmonie“ der Rüstungspotentiale der USA und Westeuropas wurde auf der im Winter abgehaltenen NATO-Ratstagung im Rahmen einer Pressekonferenz gestellt. In seiner Antwort sagte Lord Carrington, dieses Problem beunruhige ihn nicht, „die Präsenz von mehr als 300 000 US-Soldaten in Europa ist ein anschaulicher Beweis besagter Harmonie“.

Viele wagen es nicht, gegen die populäre Idee der Beseitigung von Euroraketen aufzutreten, und versuchen indirekt abzublocken. Neuerdings wird das Problem der Kontrolle aufgebauscht. Die westliche Presse meldet: Die USA hätten die Absicht, der UdSSR notorisch unannehmliche Methoden zur Verifikation des Abkommens über die Beseitigung der Euroraketen vorzuschlagen. Aber diese diplomatische List ist ein Bumerang. Kaum ein US-Bündnispartner ist für den Gedanken einer Superkontrolle zu begeistern. Wie „Nouvelles atlantiques“ schreibt, verstünden die Westeuropäer, daß es zu einer Vereinbarung nur auf gegenseitiger Grundlage kommen könne, und so gäben sie zu verstehen, daß es „ihnen schwerfallen wird, in eine Inspektion durch sowjetische Kontrolleure einzuwilligen“. „Le Soir“ schrieb, daß der belgische Premierminister Martens der Aussicht, auf belgischem Boden sowjetischen Offizieren zu begegnen, nichts Erfreuliches abzugewinnen vermöge. Ein solcher Schritt würde, schließt die Zeitung, „auch der nationalen Gesetzgebung widersprechen, der zufolge Belgien nur für NATO-Militärangehörige offen ist“.

Über die konventionelle Rüstung

Auf ihrer Brüsseler Konferenz im Dezember beschlossen die Außenminister der NATO-Länder eine Deklaration über die Kontrolle der konventionellen

Rüstungen. Im Prinzip waren sie mit dem Vorschlag der UdSSR und ihrer Verbündeten einverstanden, die Erörterung des Problems der konventionellen Rüstungen in Europa vom Atlantik bis zum Ural aufzunehmen. Die Brüsseler Deklaration entstand in heftigen Diskussionen und fiel sehr mager aus. Das fällt besonders auf, wenn man dieses Dokument mit dem Budapester Appell des Warschauer Vertrages vom Juni 1986 vergleicht.

Die sozialistischen Länder haben ein Programm für einen radikalen Abbau von Truppen und Rüstungen in Europa unterbreitet. So schlugen sie vor, die einander gegenüberstehenden Militärgruppierungen um mehr als eine Million Mann zu vermindern. Die Brüsseler Deklaration dagegen weist, von der Bereitschaft zu Verhandlungen über Verhandlungen (der Meinungsaustausch zu dieser Frage hat am 17. Februar in Wien begonnen) und von der Wiederholung der alten Grundsätze der westlichen Seite abgesehen, nichts auf.

Seitdem ist die westliche Position nicht konkreter oder konstruktiver geworden. Auf dem Wiener Nachfolgetreffen der KSZE-Staaten sprachen die Delegierten Renard (Frankreich) und Zimmerman (USA) von künftigen Verhandlungen als einem Forum, dessen Aufgabe nicht Abbau von Truppen und konventionellen Rüstungen sei, sondern die Erzielung einer „konventionellen“ Stabilität. Der schon erwähnte „NATO Report“ sieht das so: „Einige NATO-Länder wünschen ihr Verteidigungspotential nicht als Gegenleistung für eine Reduzierung beim Warschauer Vertrag zu reduzieren.“

Versuche werden unternommen, die Notwendigkeit einer einschneidenden Reduzierung der europäischen konventionellen Potentiale in Zweifel zu ziehen. Ein anschauliches Beispiel ist die Rede, die Stephen Ledogar, Ständiger amtierender Vertreter der USA bei der NATO, im Februar vor Reservisten hielt. Die UdSSR wolle die Verhandlungen über die konventionellen Waffen benutzen, um zwischen die USA und ihre europäischen Partner einen Keil zu treiben. Im Grunde verlangte er eine einseitige Abrüstung der UdSSR: „Angesichts der militärischen Situation in Europa ist die Reduzierung überwiegend auf seiten der sowjetischen Kräfte vorzunehmen.“ Ähnlich äußerte sich vor kurzem der bundesdeutsche Verteidigungsminister Wörner. Da der Warschauer Vertrag „eine riesige Übermacht“ bei der Truppenstärke und den konventionellen Rüstungen habe, müsse er auch größere Anstrengungen unternehmen. Gleiche oder nur etwas asymmetrische Reduzierungen würden die NATO nicht befriedigen.

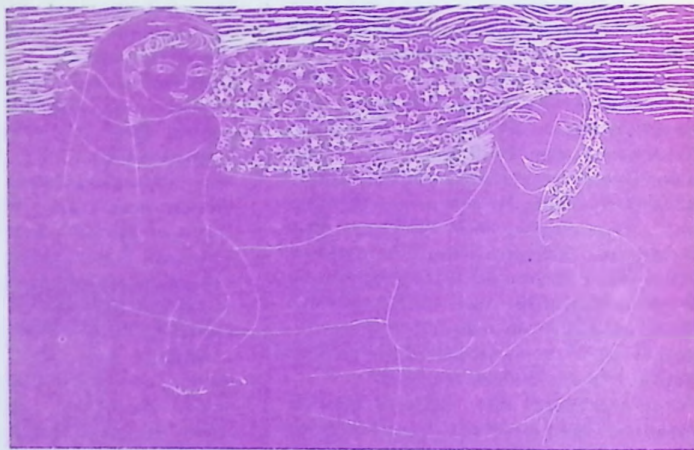
Mal sehen, ob im gegenwärtigen Streit innerhalb der NATO die Wahrheit geboren wird.

W. BOIKOW

Brüssel

„Überlaßt die Sterne den Verliebten“

Adolfo Perez ESQUIVEL
Friedensnobelpreisträger (Argentinien)



Zeichnung von S. Krasauskas

Ich werde oft gefragt, wie ich mir die Zukunft vorstelle, ob ich nicht ein wenig draußlospantastieren wolle. Phantasie ist jedoch hierbei nicht nötig. Schon im Heute erkennen wir die Zukunft. Wie sie dann aussieht, hängt davon ab, was wir heute machen. Deshalb möchte ich davon sprechen, was ich heute sehe.

Ich komme gerade von einer längeren Auslandsreise zurück und habe eine Unmenge von Eindrücken und Begegnungen hinter mir. Manch unauslöschlicher Augenblick, wie etwa, als ich in Athen mit einer älteren Japanerin sprach, die Hiroshima überlebt hat. Sie sagte, daß die Explosion der Atombombe ihr Leben verkrüppelt hat, ihr die Möglichkeit genommen hat, normal mit Menschen zu verkehren, eine Familie zu haben, Kinder zu bekommen. Die Bombe beraubte sie ihres Rechts auf Liebe.

Mir scheint, diese Frau hat das Wesen der Situation, wie sie heute in der Welt besteht, zur Sprache gebracht. Ihr Schicksal wird unser Schicksal sein, wenn die Atomkatastrophe eintritt.

Als das Treffen zwischen Gorbatschow und Reagan in Reykjavik ergebnislos zu Ende ging, weil der US-Präsident sich nicht von SDI trennen wollte, fand in Milano eine Friedenskundgebung von Jugendlichen statt. Ich erinnere mich, wie siebzigttausend junge Italiener sich auf einem riesigen Platz versammelten

und ein Lied sangen, das sie extra für dieses Ereignis gemacht hatten. Darin hieß es: "Reagan, überlaß die Sterne den Verliebten!" Die jungen italienischen Männer und Frauen sangen nicht von zwei Verliebten unter Sternen, sondern von allen Menschen, die ihr Leben lieben, von der Japanerin auch, der die Atombombe die Liebe geraubt hatte... Als sie "Reagan, überlaß die Sterne den Verliebten!" sangen, wollten sie ihm sagen: "Laß die Menschen am Leben. Nimm ihnen nicht ihre Liebe!"

Diese Italiener in Milano waren genau so alt, wie die Japanerin damals, als die Bombe in Hiroshima explodierte. Wir können also aus der Gegenwart heraus einen Blick in die nicht allzu ferne Zukunft werfen, wenn wir uns die entsetzlichsten Annalen der Vergangenheit vergegenwärtigen.

So kann es in Zukunft aussehen, wenn wir nicht hier und heute entschieden handeln.

Ich möchte noch auf etwas anderes zu sprechen kommen, auf die lautlose Katastrophe, wie ich sie nenne. Sie tötet bereits heute, so, als würden mehrere Hiroshima-Bomben detonieren. Diese Katastrophe heißt Hunger und Armut. Jeden Tag sind Millionen Lateinamerikaner mit ihr konfrontiert.

Die Menschen, mit denen ich mich in Europa unterhielt, waren überwiegend in Sorge über die Gefahr eines Atomkrieges. Sie haben auch allen Grund dazu, schließlich leben sie in einem Atomraketenwald. Diese Raketen sind eine direkte Bedrohung für das menschliche Leben auf der Erde.

In Lateinamerika stehen andere Sorgen an erster Stelle. Unsere Völker werden immer weiter über die Armutsgrenze geschoben. Die Existenz, das Überleben ganzer Nationen stehen auf der Kippe. Ist es etwa ein Zufall, daß in Argentinien, dem reichsten Land Lateina-

merikas, sechseinhalb Millionen Menschen hungern? Natürlich nicht, das Ergebnis ist einkalkuliert in den Plan, die Länder Lateinamerikas dem Imperialismus zu unterwerfen.

In Argentinien hat die Militärdiktatur ganze Arbeit geleistet, als sie diesen Plan verwirklichte. Auf Empfehlung der berühmten Wirtschaftsschule Milton Friedmans in Chicago hat sie ein ökonomisches Modell übernommen, das sich nur für ausländische Monopolisten und das einheimische Großkapital rentierte. Ein Argentinier, Wirtschaftsminister Jose Alfredo Martinez de Hoz, Kreatur internationaler Banken, setzte diese Empfehlungen um. Grausame Verbrechen und empörende Menschenrechtsverletzungen wurden damals in Argentinien nicht etwa deshalb verübt, weil eine Handvoll amoklaufender Generale die Macht hatte, sondern DIE brauchten den Terror, um die Arbeiterbewegung kaputt zu machen. Massenorganisationen zu liquidieren und den Argentinern die Fähigkeit zu nehmen, klar zu denken, um dann ungestört dem Land IHRE Wirtschaftspolitik aufzuzwingen. Der von den Militärs ersonnene "Prozeß der nationalen Wiedergeburt" hat Argentinien um 40 Jahre zurückgeworfen. Die Produktion nahm rapide ab, die sozialen Konflikte spitzten sich zu. Um ihre Position zu festigen, fingen die Militärs den Krieg auf den Malwinen an. Die Vereinigten Staaten jedoch, die sich sonst so gern auf den Inneramerikanischen Vertrag über gegenseitigen Beistand berufen, versagten Argentinien diesen Beistand und halfen ihrem NATO-Partner Großbritannien.

Die von Pentagon-Beratern in die Streitkräfte der lateinamerikanischen Länder hineingetragene "Nationale Sicherheitsdoktrin" bricht zusammen. Sie führt alle Konflikte in der Welt auf die Ost-West-Konfrontation zwischen UdSSR und USA zurück. Natürlich hat man uns

Der Argentinier Adolfo Perez Esquivel ist Bildhauer und Architekt. Er ist bekannt dafür, daß er öffentlich Partei ergreift für Frieden und Menschenrechte. 1980 wurde er mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Er leitet die lateinamerikanische Organisation "Frieden und Gerechtigkeit". Ende der 70er Jahre, als die Militärs in Argentinien die Macht ergriffen, verbrachte er 14 Monate in den Folterkellern der Junta.

eingetrichert, daß die Sowjetunion unser Hauptfeind ist. Tatsächlich aber versuchen die Vereinigten Staaten, unsere Länder zu unterdrücken und auszubeuten.

Auf Bitten des UNO-Generalsekretärs beteiligte ich mich letztes Jahr an der Arbeit einer Kommission zu Problemen Südafrikas, Namibias und zur Funktion der multinationalen Konzerne in dieser Region. Wir trafen mit allen interessierten Seiten zusammen, von der Südwestafrikanischen Volksorganisation Namibias (SWAPO) bis zum Verband der Südafrikanischen Handelskammern. Wir sprachen mit Vertretern des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Informationen, die ich dabei erhielt, zwangen mich, vieles, was in Südafrika passiert, mit anderen Augen zu sehen. Ich begriff, daß die multinationalen Konzerne die einzelnen Staaten schon längst unter ihre Gewalt gebracht haben und daß die Interessen der Völker keinerlei Bedeutung für sie haben. Wenn man gefragt wird, warum sich bis heute das Apartheidregime in Südafrika halten konnte, ist die Antwort recht einfach. Dort operieren schließlich multinationale Konzerne, und die stützen das Regime. Mit amerikanischem, britischem, mit westdeutschem Kapital... Um so mehr, als in Südafrika der größte Teil des Goldes auf der Welt gefördert wird.

Ich komme zu dem Schluß, daß die Repräsentanten von Entwicklungsländern viel mehr Aufmerksamkeit auf die Beziehungen zwischen unseren Ländern verwenden sollten, zwischen Lateinamerika und Afrika, Afrika und Asien. Das würde dazu beitragen, daß wir unsere eigenen Probleme besser analysieren. Immerhin haben wir viel gemeinsam. Was auf den Philippinen geschehen ist, hat Ähnlichkeit mit den Vorgängen in Argentinien...

Die Tätigkeit der "Sechs von Delhi" wirkt sich positiv auf das internationale Klima aus. Auch Argentinien gehört zu diesen sechs Staaten. Ich habe ihre Friedensinitiativen unterstützt. Wir brauchen den konkreten Ausdruck guter Absichten. Trotzdem kommt es mir so vor, als sei die Welt der Deklarationen überdrüssig. Handlungen sind geboten, die darauf abzielen, die entstandene Situation zu verändern.

Gewiß, der Einfluß moralischer Unterstützung auf den Lauf der Ereignisse, wie sie die Repräsentanten der "Sechs" artikulieren, zu denen auch der argentinische Präsident Raul Alfonsín zählt, steht außer Zweifel. Ich glaube jedoch, daß nur moralische Unterstützung heute nicht mehr ausreicht. Deswegen bin ich auch mit vielen Aspekten der Politik von Präsident Alfonsín nicht einverstanden. Besonders damit, daß er viel zu viel deklariert und zu wenig macht, um diese Deklarationen in die Praxis umzusetzen.

Nehmen wir zum Beispiel die Auslandsschulden Lateinamerikas. Warum kann er sich eigentlich nicht mit anderen lateinamerikanischen Ländern absprechen über gemeinsame Aktionen und gemeinsame Positionen gegenüber den Kreditgebern?

In Argentinien, wo es nicht genug Lebensmittel gibt, um die Hungernden zu ernähren, wo es an Geld für die Verbesserung der medizinischen Versorgung, für die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft und für neue Arbeitsplätze mangelt, werden das von der Nation erwirtschaftete Vermögen und neue Kredite aus dem Ausland praktisch nur darauf verwendet, die Schuldzinsen abzuführen. Wohlgermerkt, nicht die ursprünglichen Kredite, sondern Zinsen und Zinseszinsen. Wir wissen andererseits, daß 60 % unserer Schulden durch ungesetzliche Finanzmanipulationen zustande gekommen sind. In Argentinien leben heute zahllose vagabundierende Kinder, aber der IWF bringt seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß Argentinien seine Kreditzinsen abzahlt.

Und die Rüstungsausgaben? Die Entwicklungsländer kaufen 70 % aller in der Welt produzierten konventionellen Waffen. Auch Argentinien, Brasilien und Uruguay vergeuden nicht gerade wenig Mittel für die Rüstung... Man sieht also, wo das Geld für die notwendige sozialökonomische Entwicklung bleibt.

Die meiner Meinung nach inkonsequente Politik Argentiniens und Brasiliens in nuklearen Fragen möchte ich ebenfalls nicht unerwähnt lassen. Den Tlatelolco-Vertrag über einen atomwaffenfreien Status Lateinamerikas haben beide bis heute nicht ratifiziert. Allerdings tut sich Brasilien mit einem wichtigen Vorschlag hervor, den Südatlantik zu einer Zone des Friedens zu erklären. Ein tadelloser Vorschlag, nur noch besser wäre, ihn durch konkrete Handlungen zu untermauern.

Als ich in Bolivien war, besuchte ich die größten Zinnbergwerke der Welt, "Siglo XX" in Catavi. Ich wurde von der Bergarbeiterin Domitila Chungala und einigen Bergarbeiterfrauen begleitet. Wir gingen vor Ort und unterhielten uns mit den Kumpels über ihren Hungerstreik. Sie waren nicht etwa deshalb in Hungerstreik getreten, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern oder um mehr zu verdienen, sondern sie protestierten dagegen, daß die staatlichen Zinnminen an multinationale Konzerne übergeben wurden. Hungerstreik ist hart, wenn ringsum wirklich Hunger herrscht. Trotzdem hungerten sie. Das Problem besteht darin, daß der IWF seine Politik der Schuldzinstilgung durchsetzen will und dafür sorgt, daß staatliche Unternehmen in den Ländern Lateinamerikas an multinationale Kon-

zerne verkauft werden. Das ist noch ein Schlag gegen die nationale Unabhängigkeit. Ratenzahlung verwandelt sich in systematische, moderne Sklaverei.

Ich möchte an den Ausgangspunkt meiner Überlegungen zurückkommen, zur Frage des Friedens und wie wir uns der nuklearen Gefahr entledigen können. Genau so, wie die Zukunft in der Gegenwart erkennbar ist, reflektiert auch die Vergangenheit unser Heute. Was will man nicht alles für die Verhinderung des zweiten Weltkrieges getan haben. Man sollte zugeben, daß wenig getan wurde. Sehen wir uns einmal an, was heute passiert: Die Sowjetunion ist mit einer Initiative hervorgetreten, über die wir uns alle freuen, als sie Kernwaffentests auf einseitiger Grundlage einstellte und ihr Moratorium fünfmal verlängerte. Über anderthalb Jahre dauerte der Teststopp. Die USA folgten ihrem Beispiel nicht, obwohl allen klar ist, daß die Vervollkommen und Hortung von Atomwaffen das Kriegsrisiko vergrößert und die Gefahr für den Frieden wächst. Kein Staat kann mehr seine Sicherheit mit Waffen garantieren.

Auch die Haltung Frankreichs trägt nicht dazu bei, die Spannung zu verringern. Paris setzt seine Atomwaffentests auf dem Mururoa-Atoll im Stillen Ozean fort. Wir sprachen schon über den Waffenhandel. Die größten Waffenproduzenten sind bekanntlich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Die anderen, die entgegen allen UNO-Resolutionen Waffen an Südafrika liefern, sollte man jedoch ebensowenig vergessen.

In London sprach ich mit Labour-Parlamentariern. Sie sagten mir, daß während des Malinen-Krieges das britische Geschwader Atomwaffen mitführte und daß die britische Admiralität die Möglichkeit in Betracht gezogen hatte, für den Fall einer ungünstigen Wendung der Ereignisse die argentinischen Häfen mit Nuklearmunition (1) zu beschießen.

Gibt es einen Ausweg? Mir scheint, es gibt nur einen Ausweg: Denkende Menschen sind aufgerufen, öffentliches Bewußtsein zu schaffen, dazu beizutragen, daß alle diese Probleme, Atomkrieg und lautlose Katastrophen, Hunger und Armut, sehen; ihre Stimme nicht nur in den USA und in der UdSSR zu erheben, sondern auch in anderen Ländern.

Vor 10 bis 12 Jahren entstand in Lateinamerika eine Bewegung für die Annäherung der Völker unserer beiden Länder. Nicht der Regierungen, sondern eben der Völker, der Öffentlichkeit. Diese Annäherung geht allmählich vonstatten, um einer Lösung unserer gemeinsamen Probleme willen. In der gemeinsamen Solidarität mit Nicaragua liegt der Beweis dafür. Es gibt also allen Grund, optimistisch zu sein.

Grundlagenforschung im Dienst des Fortschritts

Prof. Jewgeni SCHEMJAKIN, Mitglied der AdW der UdSSR, Direktor des Bergbauinstituts der Sibirischen Abteilung der AdW, sprach über die Entwicklung und Erschließung Sibiriens. Scheinbar faßte er das Gesprächsthema etwas eng und beschränkte sich auf Arbeiten seines Instituts. Von diesen spannte sich aber eine Brücke zu den Problemen ganz Sibiriens. Die Bergbauingenieure spielen bei der Erfüllung des großangelegten staatlichen Wirtschaftsprogramms "Sibirien" eine große Rolle.

Das Bergbauinstitut (Institut Gornowa Dela — IGD) befaßt sich in der Hauptsache mit drei Forschungsthemen: Gesteinsmechanik, Bergbau- und Baumaschinenkunde und Theorie der Gewinnung von Bodenschätzen in Tagebauen und Gruben. Vom Niveau der Forschungen zeugt die Tatsache, daß die Sibirische Abteilung der AdW der UdSSR gemeinsam mit dem Geologischen und Geophysikalischen Institut eine Anlage zur Vibrodurchleuchtung der Erde entwickelt hat. Das IGD hat in den letzten Jahren rund 600 Patente und 1200 Urheberkunden erworben. Auch sind sechs Lizenzen in die USA und die BRD verkauft worden, und aus dem ganzen Land laufen Anfragen und Anforderungen ein. Mit der Zahl der Patente und Erfindungen ist das IGD in der Sibirischen Abteilung unstreitig führend, und außerhalb der Abteilung kann es z. B. dem Kiewer Institut Prof. Patons für elektrisches Schweißen, dessen Entwicklungen zügig in der Industrie Verwendung finden, an die Seite gestellt werden. Praktische Resultate der Grundlagenforschungen am IGD sind: Hämmer, Luftdrucklochhämmer, Rammen, Betonbrecher, Einphasenschlagmaschinen, Luftdruckbohrer und Vibratoren. Außerdem hat das IGD rege ausgedehnte Verbindungen mit verschiedenen Industriezweigen. Am IGD ist man sich über den Bedarf und die Bedürfnisse der Produktion genau im klaren und reagiert darauf. Und doch...

Wer einen Abbauhammer braucht

Im Gespräch mit Prof. Schemjakin erinnerte ich ihn an den Diskus-

sionsbeitrag K. Petrows auf dem XXVII. Parteitag. Petrow ist ein altes Mitglied der KPdSU. Der ehemalige Bergmann, Held der Sozialistischen Arbeit sprach sehr eindringlich, aber deprimiert. Er sagte, daß die Kumpel noch jetzt stark vibrierende unvollkommene Abbauhämmer benutzen, wie ihn der berühmte Stachanow vor 50 Jahren gebrauchte. Wie ihm aber auf dem Parteitag bestätigt worden sei, hätten wir am IGD einen Abbauhammer entwickelt, der nur halb so stark vibriert und um 20–30 Prozent mehr leistet. Wo er denn ist, fragte ich. Der Parteitag liege schon eine ganze Zeit zurück. Es sei damit aber nicht besser geworden. Wann bekommen die Bergleute den neuen, vibrationssicheren Abbauhammer?

"Eigentlich müßten das die Spitzenfunktionäre der Branche und nicht wir Wissenschaftler beantworten", entgegnet Prof. Schemjakin. "Eine definitive Antwort liegt noch nicht vor, ohne unsere Hilfe wird es nicht abgehen. Ja, der neue Hammer existiert und ist schon unter ganz verschiedenen Verhältnissen — im Donez-, im Kusnezckbecken und in anderen Grubengebieten — ausprobiert worden. Manches muß noch besser daran werden, und damit beschäftigen sich bei uns die Wissenschaftler mehrerer Labors unter Leitung Dr. Nikolai Kluschins."

"Also dürfen die Kumpels hoffen?"

"Das Problem ist lösbar. Bei seiner Lösung stoßen wir aber auf andere Probleme, die für die Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Sibirien typisch sind. Wodurch soll unsere Region schnell vorwärtskommen? Be-

kanntlich durch modernste Lösungen und eine fortgeschrittene Technologie. Mehr Leute, als da sind, bekommen wir nicht, die Fröste hören nicht auf, die rauen Naturverhältnisse bleiben. Wir brauchen nicht eine x-beliebige wirtschaftliche Effektivität die, sagen wir einmal, durch das Auswechseln untauglicher Anlagen gegen mittelmäßige und der erzielten Effektivität gegen eine größere zu erzielen wäre. Wenn eine von der akademischen Wissenschaft angeregte Neuerung keine mehrfache Verbesserung ergibt, dann lohnt sie nicht. Dieser Gedanke liegt der Forderung der Partei nach hoher Qualität zugrunde. Wir stoßen da aber auf zwei Schwierigkeiten. Unlängst kamen Kluschin und ich aus Tomsk zurück. Dort wurde auf einer sehr repräsentativen Konferenz über Probleme debattiert, die mit der Herstellung von Abbauhämmern zusammenhängen. Zwei kontrastierende Einstellungen traten deutlich hervor, die leider noch immer für unseren Maschinenbau und einige andere Branchen typisch sind. Die erste möchte ich so umreißen: Man könne den alten Abbauhammer etwas umkonstruieren und erneuern. Dabei blieben die Vibration und die technologisch ungünstige Bauart und folglich auch die Beanstandungen der Bergleute unverändert. Man möchte, daß das Objekt wie neu aussieht, will sich aber nicht besonders anstrengen. Die zweite Einstellung ist ein Vorschlag der Wissenschaft. Wir entwickeln einen technisch grundsätzlich neuen Abbauhammer. Aber kaum schlagen wir ihn vor, dann häufen sich die Bedenken der Branche: die Konstruktion habe noch Schwächen, die Produktion werde nicht ohne Probleme laufen usw. Es gibt bei uns noch ziemlich viel Leute, die vorwärts wollen, aber sich nicht vom Fleck rühren. Wir haben den Praktikern aus den Tomsker Betrieben gesagt: 'Sehen wir erst einmal, wie groß die Schwierigkeiten und ob sie überwindbar sind.' — 'Das sind sie', kommt die Antwort, 'wie kommen wir aber dazu, Ihren Hammer nachzuarbeiten? Ja, haben Sie überhaupt die kompletten technischen Zeichnungen?'"

Prof. Schemjakin lächelt und fährt fort: "Zum Glück haben wir sie. Wir am IGD haben es uns schon lange zur Regel gemacht, für jede neue Maschine, Technologie und Vorrichtung die kompletten, sorgfältig bearbeiteten Zeichnungen und sämtliche Unterlagen zu haben. Also wozu das Gerede? Ich glaube, man muß mit vereinten Kräften und nicht getrennt vorgehen, man darf die Arbeit nicht in 'unsere' und 'ihre' teilen, sondern muß die Probleme gemeinsam lösen. Wenn man sie ihrer Wichtigkeit nach anordnet, dann sind jetzt zwei die wichtigsten: Sinn für Neuerungen und freie Bahn für sie."

"Könnte im Fall der Abbauhämmer nicht der Import aushelfen?"

"Im Westen haben sie keine guten, und das aus zwei Gründen: Erstens brauchen die dortigen Firmen noch keine optimalen Konstruktionen, und zweitens werden sie durch die sozialen Verhältnisse nicht dazu gedrängt. Es rüttelt den Bergmann? Darum kümmert man sich nicht. Wenn ihm die Arbeit nicht paßt, kann er gehen — draußen warten Arbeitslose."

"Wie zynisch!"

"Nicht wahr? Unlängst sprach ich mit Vertretern von Krupp. Ich erkundigte mich nach den Qualitäten ihres Abbauschlammers, besonders nach der Stärke der Vibration. Ein Vertreter sagte gelangweilt: 'Wissen Sie, das geht mich nichts an.' Uns aber sehr, die drüben und wir tragen eine verschiedene Verantwortung vor den Leuten. Die Gesundheit unserer Menschen ist Staatsangelegenheit. Das wissen die Wissenschaftler am IGD und gehen schon seit Jahren, geführt von Prof. Kluschin, energisch gegen die Vibration an. Er hat etwa 30 ausländische Patente."

Wie entstand Kluschins Luftdruckbohrer, der jetzt immer vergriffen ist? Er entstand aus der Wut des Wissenschaftlers darüber, daß beim Bau oder bei der Instandsetzung fast jedes Hauses mit dem Abbau- oder Vorschlaghammer oder mit der Brechstange Hunderte gährender Löcher geschlagen werden. Er verband einen gewöhnlichen, serienmäßig hergestellten Maschinenschraubendreher mit einer Luftdruckschlagmaschine. Das ergab den Luftdruckbohrer, mit dem Öffnungen in Beton und Ziegel gebohrt werden können. Ein Pappenstiell! So ist er eben, dieser Wissenschaftler und Konstrukteur. Zweifellos werden wir auch einen hochleistungsfähigen Abbauschlamm bekommen."

2 Milliarden zum Fenster hinaus

Kennt man Prof. Kluschin, seinen Lebensweg und seine Fähigkeiten, so denkt man wohl, ob er sich nicht verzettelt. Er arbeitet ja an einem Institut der Akademie! Ist es denn seine Sache, etwas bei Instanzen abzusprechen und Durchzudrücken? Das frage ich mein Gegenüber.

"Gewiß, wir verlieren viel Zeit", antwortet Prof. Schemjakin. "Aber ohne unsere Beharrlichkeit, ohne unser Eingehen auf die Leute im Betrieb bliebe vieles auf dem Papier. Ein Beispiel: In den Erzminen von Tashtagol und Scheregesch südlich von Nowokusnezsk sind bei der Gewinnung von Eisenerz Höchstleistungen erzielt worden. Ohne die Einführung von Neuheiten wäre das unmöglich gewesen."

Wir sind an einer Zusammenarbeit mit schwedischen Fachkräften interessiert. Schweden und Kanada, nicht die USA, wie manche glauben, haben bei der

"NEUE ZEIT" 14.87

Eisenerzgewinnung hohe Leistungen. Wir luden Schweden ans IGD ein, um ihnen zu zeigen, was wir erreicht haben, und um auch bei ihnen zu lernen. Die Gäste stellten sich auf eine bloße Spazierfahrt ein. Sibirien war ihnen neu. Warum sollten sie es sich nicht ansehen? Wir brachten sie zu unseren Minen. Sie waren verblüfft. Sie hatten nicht erwartet, in Sibirien eine so hochstehende Technologie vorzufinden. Die am IGD entwickelten Bohrvorrichtungen gefielen ihnen, besonders die Vibrationstechnik.



Auch die Universaltestanlage für mechanisierte Kohleförderungskomplexe wurde von Wissenschaftlern aus Nowosibirsk entwickelt

Foto: TASS

Die Bohrrhalbautomaten, für die den Wissenschaftlern des IGD vor 20 Jahren der Leninpreis verliehen wurde, leisten den Arbeitern noch jetzt gute Dienste. Mit Hilfe der Wissenschaft muß die Industrie solche Fortschritte machen, die nach 20–30 Jahren noch gültig sind. In aller Welt waren solche Halbautomaten unbekannt. Die Schweden haben den von uns schon vor langer Zeit begangenen Weg jetzt auch zurückgelegt.

Mir fällt da übrigens noch etwas ein. In den letzten Jahren haben sich manche Leute daran gewöhnt, neue Ideen im Ausland zu suchen und über unsere eigenen hinwegzusehen. So haben die bei uns entwickelten versenkten pneumatischen Bohrlochsohlenhämmer das Tiefbohren ermöglicht. Die Schweden kamen erst 20 Jahre später darauf."

"Wird wertvolle sibirische Technologie in anderen Landesteilen schnell übernommen?"

"Leider nicht. Sibirien überrundet in der Erzgewinnung zur Zeit sogar unseren Spitzenreiter, Kriwoi Rog. Könnte man dort nicht unsere Erfahrungen übernehmen? Man kommt aber mit allerlei Ausreden, z. B. daß das Erz in Sibirien anders sei. Wir sind hingefahren, um mit den Leuten Erfahrungen und Vorrichtungen auszutauschen, und haben ihnen vorgeführt, wie in Sibirien gearbeitet wird. Die Sache schien in Gang zu kommen. Ist aber etwas anders geworden? Keine Spur! In Kriwoi Rog arbeiten sie wie früher so, daß ihnen ein Gewinn

von vielen Millionen Rubeln entgeht. Eigentlich sollte man das Ministerium nötigen, zur neuen Technologie überzugehen. Aber wer wird das tun? Die wirtschaftliche Umstellung stößt bei uns auf große Schwierigkeiten."

"Wir sprachen schon vom wissenschaftlichen Standpunkt aus über die Wirtschaft. Könnten Sie mir ein paar Beispiele dafür anführen, wie wissenschaftliche Erkenntnisse die Einsparung und bestmögliche Nutzung sibirischer Ressourcen ermöglichen?"

"Ich kann Ihnen viele gute Beispiele nennen. Aber lassen wir das für später. Zunächst ein schlechtes Beispiel, das ist aufschlußreicher. Unsere Sibirische Abteilung der AdW gibt regelmäßig Listen mit den Themen unserer Arbeiten heraus. Wäre das Wunder geschehen, daß Industrie und Landwirtschaft die erste Liste restlos ausgewertet hätten, so hätte unser Land etwa 2 Md. Rubel oder noch mehr eingespart. Natürlich hatte die Liste eine Wirkung, vieles daraus ist ausgewertet worden, aber 2 Md. sind sozusagen zum Fenster hinausgefliegen. Die Sibirische Abteilung produziert für die Bauarbeiter von Sibirien, vor allem von Nowosibirsk, Maschinen für ca. 150 000 Rubel. Scheinbar wenig. Sie werden aber in den kleinen Werkstätten des IGD und in einer überlasteten experimentellen Fabrik gebaut. Noch etwas: Jede Maschine steigert die Arbeitsproduktivität fünf- oder zehnfach. Man sollte meinen, daß sich alle um solche Entwicklungen reißen und die Massenproduktion in Gang bringen würden. Die Ministerien wollen ihre Maschinen aber selbst entwickeln. Wozu eigentlich? Heutzutage ist diese Einstellung um so alarmierender, als das Sibirien-Programm nicht geologisch-ökonomisch, sondern eher technisch-ökonomisch sein muß, wenn es der Wirtschaft unseres Landes maximal nützen soll. Maschinen und moderne Verfahren müssen jetzt Vorrang haben."

A-Dur und B-Moll

Legen wir eine Pause ein, damit sich Prof. Schemjakin etwas ausruhen kann, und kommen inzwischen zum „subjektiven Faktor“, der bei der Erschließung Sibiriens eine besondere Rolle spielt. Er ist in jedem Fall wichtig, aber unter extremen Verhältnissen kann er gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Arbeit in Sibirien, ja das dortige Leben überhaupt treffen gewissermaßen eine Auslese — Schwächlinge halten dort selten durch. Wie kaum eine andere Region fordert diese Persönlichkeiten, ich möchte sogar sagen waghalsige Menschen mit Initiative, solche wie Prof. Schemjakin und Prof. Kluschin.

Zur Bekräftigung des Gesagten möchte ich noch einen Wissenschaftler nennen. Vor einigen Jahren hielt Prof. Juri Matros im Wissenschaftlichen Rat des Katalyse-Instituts einen Vortrag über die instationären Prozesse bei der Katalyse. Viele erhoben damals Einwände, aber der Direktor des Instituts, Prof. Boreskow,

Mitglied der AdW, pflichtete Metros bei. Aus dieser Grundlagenforschung ergab sich schließlich eine ganze Skala praktischer Vorschläge. Die Methode der Erzeugung von Schwefelsäure aus Abgasen wird jetzt nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern immer ausgiebiger angewandt. Auf die Arbeit der Sibirier werden Patente ausgestellt, und Lizenzen zu ihrer Nutzung werden verkauft. Die ungemein wertvolle Säure wird jetzt aus Abgasen und Abfällen gewonnen. Außerdem schon das Verfahren die Umwelt der Städte. Ein Programm für die Säuberung des Luftraums über den Städten Sibiriens nach dieser Methode liegt vor. In vielen Kombinationen des Ministeriums der UdSSR für NE-Metallurgie — in Alawerdi, Krasnouralsk, Mednogorsk u. a. — funktionieren entsprechende Anlagen vorzüglich. Sie werden im Rekordtempo eingesetzt. Ohne den energischen Prof. Metros wäre das gewiß nicht der Fall.

Hat man aber A gesagt, dann soll man auch das weniger erfreuliche B nicht verschweigen. Noch zu Prof. Borezkows Lebzeiten kam man am Katalyse-Institut auf die Idee, aus Braunkohle des KATEK (Wirtschaftskomplex von Kansk, Atschinsk und Ekibastus) mit Hilfe neuer Katalysatoren flüssigen Brennstoff zu gewinnen. Die Idee wird bislang nur schleppend in die Tat umgesetzt. Der KATEK wird größtenteils noch nach dem gewohnten Schema, nach der alten, teilweise modernisierten Technologie nutzbar gemacht. Es ist schwierig, Strom aus Sibirien über riesige Entfernungen zu leiten. Auch entstehen dabei große Verluste. Noch schwieriger ist es, Braunkohle so weit zu befördern. Außerdem sind die Transportmöglichkeiten selbst in dem sich rasch entwickelnden Sibirien nicht unbegrenzt. Dagegen kann man flüssigen Brennstoff in Tankwagen befördern, und solche braucht man weniger als Waggons für Kohle. Kurz, die Wissenschaft hat stichhaltige Argumente, sie hat ein ganzes System von Beweisen für ihren Standpunkt beigebracht. Trotzdem bricht sich das Neue nur zögernd Bahn. Wieso?

„Die Betriebe haben vielfach zu wenig erstklassige Fachkräfte und lassen keine gründlichen Gutachten anfertigen“, sagt Prof. Schemjakin. „Man ist mehr daran gewöhnt, zu rationalisieren, ein wenig zu modernisieren und nachzuarbeiten. Die grundsätzlichen wissenschaftlichen Lösungen bringen dagegen eine Umstellung, eine Umwälzung mit sich. Sie ist nicht leicht, oft sogar schmerzhaft. Die psychologischen Hemmungen sind stark. Auch wirkt sich die in den letzten Jahren eingetretene merkliche Schwächung unseres technischen Personals, besonders bei den Konstrukteuren und Technologen, aus. Aber verstehen Sie mich recht! In den Betrieben, Erzminen und Kohlengruben erkennen die meisten sehr wohl, wo das Problem liegt und welche Lösungen die Wissenschaft dafür anbietet. Die äußeren Umstände aber sind stärker. Ich habe hier schon viele Beispiele genannt. Nun noch eins. Im Werkzeugbetrieb von Nowosibirsk hat ein tüchtiger Ingenieur eine Einrichtung

zum automatischen Beschicken der Pressen mit Rohlingen und zum Forträumen der Werkstücke aus den Pressen in Vorschlag gebracht. Allein kann der Betrieb die Arbeit daran nicht zu Ende führen. Na und wir, die Feuerwehr? Wir haben eine Menge eigene Sorgen. Da wir aber die Situation in dem Betrieb kennen, können wir uns nicht heraushalten. Die Werkzeugmacher haben einen tollen Plan — ein anderes Wort fällt mir dafür nicht ein. Aber der Betrieb hat für die Neuerung und zum Testen neuer Ideen keine Raumreserven, während er, nach Ansicht der Wissenschaftler, wenn schon nicht 15–20 Prozent seiner Kapazitäten, so doch mindestens 5 Prozent in Reserve haben müßte. Das müßte die Norm sein. Wir werden natürlich helfen und ein Muster herausbringen. Es ist aber schon Zeit, den Industriebetrieben die Bedingungen für ein wissenschaftliches und technisches Vorwärtkommen zu verschaffen. Vorläufig lassen sie noch sehr viel zu wünschen übrig.“

Nutzeffekt der Ideen

„Ist das technische Vorwärtkommen der Industrie nicht auch dadurch gehemmt, daß sich der Maschinenbau jahrelang gewissermaßen abseits von der akademischen Wissenschaft entwickelt hat?“

„Kann schon sein. In der Wissenschaft sind die Probleme des Maschinenbaus über verschiedene Konstruktionsbüros verstreut. Viele Probleme haben sich angesammelt. Neue Sparten müssen vorangebracht werden: Wir brauchen Makro- und Mikromaschinen, neue Werkstoffe, Komponenten und Konstruktionen. Natürlich arbeiten Institute der Akademie so oder so für den Maschinenbau. Sie erfüllen aber nur Teilaufgaben. Es ist Zeit, im Rahmen der Akademie eine Koordinationszentrale ins Leben zu rufen. Soviel ich weiß, ist es schon beschlossene Sache, in Nowosibirsk ein maschinenkundliches Institut der Akademie einzurichten.“

„Wieso gerade hier?“

„Nowosibirsk bietet einmalige Möglichkeiten. Es ist eine große, vielseitige Industriestadt, hat eine hochentwickelte Industrie und 16 Hochschulen — kurz, alles, was zur Lösung schwieriger Probleme des Maschinenbaus gebraucht wird.“

„Doch wohl nicht nur des eigenen, nicht wahr?“

„Natürlich nicht. So paradox das auch ist, hilft Nowosibirsk sich selbst vorläufig kaum. Wir haben z. B. Einphasenschlagmaschinen entwickelt, die unstreitig vorteilhaft sind. Hier haben wir viel Reklame dafür gemacht, in großem Umfang werden sie aber im Ural und in Tschernobyl eingesetzt. Wir liefern neue Maschinen und moderne Technologien sogar in Gebiete mit Permafrostboden. Mit den Betrieben der Nachbarschaft aber finden wir nicht immer eine gemeinsame Sprache.“

„Welche in Nowosibirsk aufgekommene wissenschaftlichen Ideen haben letztlich im ganzen Land Resonanz gefunden?“

„Die Zeit ist gekommen, die gängigen Begriffe 'Naturschätze', 'unerschöpfliche Vorkommen' und 'Effektivität der Montanindustrie' zu revidieren. Diese Industrie verlagert sich in abgelegene Landesgebiete — nach Sibirien und in den Hohen Norden —, obwohl dort der Abbau schwieriger ist. Größtenteils werden Bodenschätze aber doch noch in den herkömmlichen Gebieten gewonnen. Nur müssen die Gruben dort tiefer angelegt werden. Das verteuert das Abteufen und Offenhalten der immer umfangreicheren Anlagen, ihre Instandsetzung, Lüftung und Kühlung, den Transport der Bodenschätze aus großen Tiefen usw.“

Im Kusnezsk-Becken z. B., von dem die Wirtschaft Sibiriens weitgehend abhängt, werden die Grubenfelder senkrecht oder schwebend erschlossen. Sie liegen größtenteils in der Mitte eines Reviers, und wir verlieren viel Kohle in den sogenannten Pfeilern, die die Hauptanlagen unter Tage und die Bergwerksobjekte an der Erdoberfläche vor Schädigungen durch die Grubenarbeiten bewahren.

Wir haben zum Projektieren von Schächten eine neue Methode angeregt, bei der ein Fachmann nicht wie bisher 2 oder 3, sondern 200–300 Erschließungsvarianten ökonomisch abwägen kann. Bei der Erschließung wertvoller Bodenschätze gelten Varianten als effektiv, bei denen ein Vorkommen außerhalb des Grubenfeldes angegangen wird, wo sich Schutzpfeiler erübrigen. Bei weniger wertvollen Vorkommen ist es von Vorteil, sie so zu erschließen, daß ein Teil der Bodenschätze nicht in den Pfeilern stecken bleibt. Eine derart verbesserte Projektierung ergibt bei der Nutzbarmachung neuer und bei der Rekonstruktion älterer Kohlenreviere eine Ersparnis an Geld und anderen Ressourcen.“

„Beim Durchsehen der neuesten Themenliste der Sibirischen Abteilung ist mir aufgefallen, daß sie anders als die früheren zusammengestellt ist. Erst ist eine Arbeit charakterisiert und der gesellschaftliche Bedarf daran schätzungsweise angegeben; es folgt die Angabe des Niveaus, auf dem das betreffende Problem gelöst worden ist; dann die Ortsangabe; weiter die Vorteile, die diese Lösung bietet, ihr sozialer, technischer und ökonomischer Nutzeffekt und schließlich Vorschläge zur möglichst vollständigen und effektiven Nutzung der Neuerung. Alles ist genau erläutert, ich möchte sagen, vorgekauft. Wie meinen Sie, werden die Praktiker in den Betrieben jetzt lebhafter auf Anregungen der Wissenschaft reagieren?“

„Ich will doch hoffen. Ich bin Optimist, mein Optimismus wird durch die jetzige Situation in unserem Land genährt. Die Umstellung bewirkt, daß die Menschen besonderen Wert auf Kenntnisse, Neuerungen und Initiativen, d. h. auf die Wissenschaft legen. Die Zeit grundlegender Resultate der Grundlagenforschung ist da.“

Interviewer: Rolan NOTMAN

Nowosibirsk

EINE „WIDERSTANDSINTERNATIONALE“

Gaukler bei der Arbeit

Der Pariser „Figaro“ veröffentlichte im März den Brief „Gorbatschow soll es beweisen“. Das erklärte Ziel war, auf die „Neuigkeitslawine aus Moskau“ zu antworten, die „in letzter Zeit bei vielen aufrechten Menschen in Ost und West Staunen und sogar Verwirrung hervorruft“. In Wahrheit handelt es sich um eine Schmähschrift über die demokratischen Wandlungen in der UdSSR. Das Schreibe ist von W. Aksjonow, W. Bukowski, A. und O. Snowjew, E. Kusnezow, J. Ljublmow, W. Maximow, E. Neiswestny, J. Orlow und L. Pljusch unterschrieben. Diese Menschen, so oder so bekannt, haben die UdSSR auf verschiedenen Wegen verlassen. Diesmal haben sie sich in einer Organisation zusammengefunden, die sich „Internationale des Widerstands“ nennt. In Ihrem Namen wurde der Brief veröffentlicht.

Im November 1982 trafen sich in Brüssel Gruppen von Emigranten aus sozialistischen Ländern, Vertreter der kubanischen Gusanos, von Somoza- und Pol-Pot-Banden, afghanischen Dschamnen und in den USA lebenden vietnamesischen Konterrevolutionäre. Sie erörterten die Gründung einer neuen antikomunistischen Organisation. Zuerst hieß sie „Komitee zur Bekämpfung des Totalitarismus“. Das schien ihnen zu sanft. Deshalb bedienten sie sich fremder Wörter und Symbole. So kam die auf Höheres reflektierende Wortverbindung „Internationale des Widerstands“ zustande.

Die Organisatoren

Das waren folgende Menschen.

Wladimir Bukowski, der seinerzeit in der UdSSR „Sturmabteilungen“ aufzuziehen versuchte und 1976 des Landes verwiesen wurde. In den USA erklärte Bukowski ohne falsche Bescheidenheit, nach dem Sturz der Sowjetmacht werde er Präsident und seine Mutter Vizepräsidentin sein.

Olga Swinzowa ist Sekretär des in Paris niedergelassenen „Intellektuellenkomitees für ein Europa der Freiheiten“. Außerdem ist sie Abgesandte des „Volksbundes der Arbeit“ (NTS), was ihr ebenfalls nicht gerade zur Zierde gereicht. 1930 im Königreich Jugoslawien von der Führung der weißen Emigration gegründet, belieferte die NTS zahlreiche ausländische Dienste, die gegen die UdSSR vorgingen, mit ihren Leuten. Während des Krieges kollaborierte die NTS mit den Hitlerfaschisten und half ihnen, auf dem zeitweilig okkupierten sowjetischen Territorium „neue

Ordnung“ herzustellen. Als diese 1945 endgültig zusammenbrach, wechselten die NTS-Leute zu den Geheimdiensten Großbritanniens und der USA über. 1956 traten die Briten das Monopol auf die NTS an die amerikanische Central Intelligence Agency ab.

Jose Furtado ist Vertreter einer Pariser Gruppierung der von der CIA finanzierten reaktionären angolanischen UNITA

Das Geld

Die Leute, die in Brüssel zusammenkamen, hatten vor allem eine Garantie nötig: die finanzielle. An Wohltätigkeit glaubte keiner. Bukowski gab Garantien.

Zuerst redete er davon, daß einige einflußreiche Kongreßmitglieder die Tätigkeit der neuen Organisation zu finanzieren versprochen hätten. Dann nannte er den Hauptgaranten, die CIA, und präziserte bei dieser Gelegenheit, daß die Finanzierungsquelle, die Teilnahme der Leute aus Langley im Dunkel bleiben würde.

Zunächst brachte Bukowski persönlich Geld für die „IdW“ aus den USA; 1983 legte der Kongreß eine jährliche Quote für die „Internationale“ von 6 Mio Dollar fest. Runde Summen kommen von der Leitung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO, der Handelskammer der USA und den zionistischen Kreisen. Außerdem riefen die Emigrantenzeitungen dazu auf, einem „Komitee zur Förderung der Widerstandsinternationale“ beizutreten, wozu man auf deren Konto nur 100 Franc zu überweisen brauche; ein Mitgliedsbuch werde unverzüglich zugesandt. Die Francs kamen nur spärlich, eher schon Dollars.

Auch jetzt werden die Kontakte mit den Paten in den USA über Bukowski abgewickelt.

Die Ziele

In den USA entstand bald ein Organisationskomitee, und Mitte Mai 1983 fand in Paris die amtliche Gründung der „IdW“ statt. Die Hauptziele der Organisation wurden festgelegt: „alle wahren Kämpfer für den Sturz der Kommunistenmacht zusammenzuschließen“, ihre Tätigkeit zu koordinieren und „objektive Information über alle Arten des Widerstands gegen den Totalitarismus“ zu verbreiten. Was als Totalitarismus anzusehen sei, wurde anschließend durch Einführung des Ausdrucks „Totalitarismus sowjetischen Typs“ erläutert.

Später konkretisierten die „IdW“-Führer ihre Ziele wie folgt: „die sozialistischen Länder zu unterwandern und dort eine Basis für moralische und physische Unterstützung zu schaffen“.

Als weitere Zielscheibe wurde in Paris die Bewegung der Friedensanhänger in den westlichen Ländern bestimmt. In Westeuropa sollten bald neue amerikanische Raketen stationiert werden. Millionen Westeuropäer traten dagegen auf. Die Regierungen der NATO-Länder bezichtigten die Friedensfreunde eines „Komplots mit Moskau“ und schleusten Provokateure in ihre Reihen ein. Bukowski, nicht faul, verfertigte sein Buch „Pazifisten gegen den Frieden“, worin er die Friedensfreunde „nützliche Idioten“ im Dienst Moskaus nannte, der „unausrottbar katholischen Geistlichen in verdächtiger Mission“ gedachte und sonst dazu aufrief, „mit dem sowjetischen System aufzuräumen“. Außerdem zog er den bemerkenswerten Schluß, daß die Abrüstung „zu einem raschen Zusammenbruch“ der UdSSR führen würde. Deshalb werde die UdSSR niemals abrüsten.

Die Führungsspitze

Ebenfalls in Paris wurde die „IdW“-Leitung gewählt. Bukowski ist ihr Präsident.

Der Vorsitzende ist ein gewisser Eduard Kusnezow. Am 15. Juni 1970 hatte er mit einer Gruppe auf dem Leningrader Flughafen eine AN-2 zu entführen und nach Schweden zu fliegen versucht. Gegenwärtig leitet Kusnezow die Abteilung Russischer Dienst beim CIA-finanzierten Radio „Liberty“.

Der Exekutivdirektor ist der Schriftsteller Wladimir Maximow. Seit 1974 leitet er die antikommunistische Zeitschrift „Kontinent“. Maximow selbst erzählte einem Bekannten 1977, daß er bei „Liberty“ fest angestellt und ein Gehalt habe, das der Stufe GS-13 in den USA entspreche.

Vizepräsident ist der kubanische Konterrevolutionär Armando Valladares. Seine Laufbahn begann er 1957 unter Batista, als Polizeiagent Nr. 2747. Nach der Revolution von 1959 bekam er einen Arbeitsplatz, trat jedoch der illegalen Gruppe des ehemaligen Batista-Offiziers Obregon bei. Vor Gericht gestand er ein, mit Sprengstoff gefüllte Zigarettenschachteln auf Havannas Straßen ausgelegt zu haben.

Die „IdW“-Vertretung befindet sich auf den Champs-Elysees. Zunächst zeigten die Emigranten eher Reserve gegenüber der „IdW“, jemand bemerkte giftig, im „Widerstand“ auf den Champs-Elysees kämpfe man in der Hauptsache für ein warmes Plätzchen und einen wohlgepolsterten Lebensabend. Auch eine Erklärung Alain Ravnennes', Generalsekretär des „Intellektuellenkomitees für ein Europa der Freiheiten“, machte die „IdW“ nicht gerade populärer. Dieser Mann, der mit Olga Swinzowa, einer Mitbegründerin der „IdW“, lange zusammengearbeitet hatte, mußte im Bilde

sein. Er zweifelte daran, daß die neue Organisation in Frankreich und der Welt Vertrauen finden würde, denn zwei ihrer Leiter, Kusnezow und Maximow, seien mit den israelischen Geheimdiensten verbunden.

Die Aktionen

Die „IdW“ entfaltete ihre Tätigkeit sofort. Schon Ende August 1983 beteiligte sie sich am „dreitägigen Friedensmarsch für die Befreiung der Völker“ in der BRD. Bürgerliche Zeitungen informierten über den Marsch, die dortige Bevölkerung dagegen zeigte sich deprimierend passiv. Im Oktober zog die „IdW“ in Paris das viertägige Forum „Die dritte Welt. (K)eine Zukunft?“ auf. In Washington redete man damals von einer globalen sowjetischen Unterwanderung und davon, daß die dritte Welt zu einem „Schauplatz der Konfrontation“ werde. Demnach erörterte man in Paris gehorsam „Probleme und Aufgaben bei der Organisation eines effektiven Widerstands gegen die zunehmende kommunistische Expansion“. Auf dem Forum wurde z. B. „geklärt“, daß die Unzufriedenheit der Einwohner einiger lateinamerikanischer Länder über die blutigen Militärdiktaturen vom „Export kommunistischer Ideologie“ herrühre. In einem wenig später der „Stimme Amerikas“ gewährten Interview gab W. Bukowski seiner Besorgnis Ausdruck, der Kommunismus könnte auf Chile übergreifen, und fügte hinzu: „Zweifelloso haben wir ein ewiges großes Problem. Wir müssen betonen und verdeutlichen, daß wir Rechtsdiktaturen nicht unterstützen.“

Das dürfte Vizepräsident Valladares und auch so manchem anderen recht schwer fallen.

Auf Betreiben der „IdW“ wurde am 25. November 1983 im Brüsseler Haus des Europäischen Parlaments eine Konferenz über das „Afghanistan-Problem“ durchgeführt. Zu jener Zeit wurden auf Betreiben und unter Vermittlung der CIA Kontakte mit den Chefs antiafghanischer Gruppierungen in Pakistan schon in die Wege geleitet. Damit beschäftigte sich die ehemalige Liberty-Mitarbeiterin L. Thorn. Im März 1984 sagte Bukowski in einem Interview für die „Stimme Amerikas“, seine Organisation unternehme „sehr viel“ im Hinblick auf Afghanistan. So liefere sie den Mujaheddin Sender, um für die örtliche Bevölkerung und die sowjetischen Soldaten bestimmte Programme auszustrahlen. Bukowski ließ sich über die technischen Aspekte eines „Projekts Radio Freies Kabul“ aus. Aber entweder verfolgte Thorn die Übergabe der Sender nicht aufmerksam genug, oder Bukowski hatte sich an Selbstreklame berauscht, auf jeden Fall erhielten die Konterrevolutionäre vom groß angekündigten Projekt nur einen winzigen Teil.

1984 veranstaltete die „IdW“ eine „internationale Konferenz über Desinformation“, wobei natürlich die „kommunistischen Länder“ als Desinformationsquelle hingestellt wurden. Über die eigenen Erfahrungen, z. B. über die vor kurzem fabrizierte gefälschte Ausgabe der Armeezeitung „Krasnaja Swesda“ mit einem provokatorischen Appell an die sowjetischen Soldaten und einem Haufen antisowjetischer Witze, schwieg man sich bescheiden aus.

ANRUF IN NEW YORK

Wir riefen den Bildhauer Ernst Neiswestny in New York an.

„Sagen Sie bitte, inwiefern waren Sie an der Abfassung des Briefes an den 'Figaro' persönlich beteiligt?“

„An dem Abschnitt über bildende Kunst und über Kultur nahm ich unmittelbar teil.“

„Und die politischen Abschnitte?“

„Ich betrachte mich weniger als Politiker denn als Künstler.“

„Könnten Sie alles unterschreiben, was im Brief steht?“

„Also, da steht ja meine Unterschrift.“

„Und konkreter?“

„Ich muß alles verantworten, worunter meine Unterschrift steht.“

„Sie sagen, daß Sie 'müssen'. Uns schien, daß einige Momente des Briefes für Sie nicht ganz typisch sind.“

„Ich möchte das jetzt nicht kommentieren.“

„Der Brief wurde unter der Ägide der 'Internationale des Widerstands' abgefaßt. Das ist eine auch in den Emigrantenkreisen nicht gerade populäre Organisation. Aber Sie haben Ihre Unterschrift unter einen von ihr inspirierten Brief gesetzt. Keine Bedenken?“

„Diesen Brief haben meine Freunde geschrieben. Ich wußte nicht, daß ihn diese Organisation aufgesetzt hat.“

„Er wurde auf Betreiben der 'Internationale des Wi-

Was wußte Ernst Neiswestny?

derstands' veröffentlicht, von ihr geht der Brief auch aus.“

„In westlichen Publikationen wurde das nirgends erwähnt.“

„Dieser Umstand wurde im Untertitel des Exklusivmaterials im 'Figaro' genannt.“

„Das weiß ich nicht. In der 'New York Times' wird, glaube ich, nichts dergleichen erwähnt.“

„Ich spreche vom Wortlaut im 'Figaro'.“

„Den habe ich nicht gesehen.“

„Wie stehen Sie zu dieser Organisation?“

„Im Moment weiß ich nichts davon.“

„Das heißt, von dieser Organisation wissen Sie nichts?“

„Ich weiß, daß es eine

solche Organisation gibt, ich kenne einfach ihren Charakter nicht.“

„Aber über diese 'Internationale' wurde nicht wenig veröffentlicht. Der Vizepräsident der Organisation z. B. ist ein Mann aus Batistas Geheimpolizei, für Bombenexplosionen in den Straßen verantwortlich, dafür, was wir heute Terrorismus nennen. Wie Sie sehen, ist das eine keineswegs humanitäre oder gar humane Organisation.“

„Ich möchte das nicht kommentieren, weil alles, was Sie jetzt sagen, mir absolut neu ist. Ich höre zum erstenmal von dieser Organisation in einem solchen Zusammenhang und davon, daß der Brief in ihrem Namen veröffentlicht wurde.“

Während die westliche Presse Dokumentarberichte über die Bestialitäten der Contras veröffentlicht, veranstaltet die „IdW“ in Paris Pressekonferenzen, auf denen die „Kämpfer für die Freiheit Nikaraguas“ als untadelige Ritter gepriesen werden. Im Jahre 1985 publizierte die „IdW“ im Pariser „Monde“ einen Aufruf an den US-Kongreß, die Hilfe für die Contras zu erneuern.

Eine Gesetzmäßigkeit: Die „IdW“-Aktionen gingen immer gleichzeitig mit denen der US-Administration einher. Nun hat man es sich auch im Weißen Haus angewöhnt, sich auf die „IdW“-Emigranten zu berufen: Sie seien die „Stimme des Gewissens“, die gegen das „Reich des Bösen“ erhoben werde, sie wüßten, wie das „Böse“ von innen aussehe. „Wir müssen die Lehre beherzigen, die uns der russische Menschenrechtler Wladimir Bukowski erteilt“, sagte Reagan in einem Interview für James Buckley, Präsident der Sender „Liberty“ und „Free Europe“. Der Logik Reagans zufolge hätte der Hinweis auf den antisowjetischen Emigranten die darauffolgenden Ausfälle gegen Afghanistan, Nikaragua und die UdSSR rechtfertigen sollen. Der Schluß klang beinahe kanonisch: „... Bukowskis Lehre beherzigen und aktiv die kommunistische Expansion eindämmen“.

Das ist in der Tat eine Schwachstelle der „IdW“.

Dann kam die „Ostseekreuzfahrt“, bei der die „IdW“ antisowjetische Emigranten aus den baltischen Sowjetrepubliken um sich scharte. Die Fahrt endete sang- und klanglos in Helsinki, wo die sonst tolerante Polizei die Teilnehmer wegen Störung der öffentlichen Ordnung inhaftierte.

Nach etwas mehr als zwei Jahren seit ihrer Gründung hat die „IdW“ einen Riß bekommen. In ihrer Führung gibt es zwei Fraktionen, eine unter Kusnezow und eine unter Olga Swinzowa. Der Pressedienst der „IdW“ widersprach sich alle Tage bei der Festlegung der „Kampffront“ und der Ziele der Organisation. Letzten Endes kehrte Olga Swinzowa der „IdW“ den Rücken und warf dem Exekutivdirektor Maximow auch noch „Diktatorallüren“ vor. Maximows Tätigkeit löste selbst bei „IdW“-Aktivisten „Befremden und Bitternis“ aus. Maximow weigerte sich, in die Organisation Vertreter der emigrierten Intellektuellen aufzunehmen, wenn sie ihm „zu wenig“ antisowjetisch tätig gewesen seien.

1986 hörte man von der „IdW“ so gut wie nichts. Offenbar waren innere Eifersüchteleien daran schuld. Aber der Hauptgrund liegt doch wohl anders. Die „Internationale des Widerstands“ fand keine Antwort auf den Prozeß der Umgestaltung, Demokratisierung und Publizität in der UdSSR. Stereotypen vom Schlage „sowjetische Kommissare“ oder „Gulag“ ziehen nicht mehr. Wie sollte die „IdW“ reagieren?

Der Brief

So brachte der „Figaro“ das von den Zehn unterzeichnete Schreiben, das sofort von anderen bürgerlichen Ausgaben nachgedruckt wurde.

„Die Veröffentlichung des vorliegenden Schreibens in der sowjetischen Presse wäre der überzeugendste Beweis für die Aufrichtigkeit des Geredes von Publizität“, schreiben die Autoren selbstgerecht und leichtsinnig. Unsere Kollegen aus der Zeitung „Moskowskije Nowosti“ nahmen sie beim Wort und veröffentlichten das Schreiben. Deshalb brauchen wir hier keine Wiedergabe. Höchstens ein paar Gedanken dazu.

Die Argumentation weist einen miserablen Wortschatz auf. Sie leitet sich nicht von Informationen über das Leben in einem Lande ab, das ihnen zur Fremde geworden ist, eher schon von der Sprachregelung der westlichen Propaganda, die für diese Leute jetzt wohl „die ihrige“ ist.

Wer die Autoren sind? Offenbar „IdW“-Funktionäre. Stellenweise klingt das Schreiben zu sehr an Bukowskis Buch „Pazifisten gegen den Frieden“ an. Doch weder seine Unterschrift noch alle drei Unterschriften der „IdW“-Führer hätten das erwünschte Resultat gezeitigt. Deshalb zog man Namen heran, die „etwas hergeben“. Obriens wurde diese Art Werbung schon angewandt. In den ersten Tagen der Organisation wurden in das „Komitee zur Förderung“ Prominente vom extremen Flügel geholt: Lord Nicholas Bethell und Winston Churchill jun., Mitglieder des britischen Parlaments, sowie Simone Veil, ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments.

Wir telefonierten mit Ernst Neiswestny in New York. Früher hatte er sich aus solchen Aktionen herausgehalten. Wußte er, daß er seinen Namen für so eine zweifelhafte Organisation hergegeben hatte? Nein, Ernst Neiswestny wußte nichts davon (das Interview unten. - d. Red.).

Enthebt das die Unterzeichner der Verantwortung? Nein. Wenn sich „einsame Schöpfer“, die sich zu Kämpfern für die Freiheit des Geistes aufspielen, zu einem Schwarm vereinigen, wirkt das schon grotesk. Es kommt jedoch auf etwas anderes an. Der Sinn des Schreibens an den „Figaro“ liegt ja nicht darin, auf die „ungenügenden“ demokratischen Wandlungen in der UdSSR hinzuweisen, sondern darin, diese Wandlungen zu kompromittieren, zu vereiteln. Wer diese Trennlinie nicht sieht, wer den politischen Diversanten seinen Namen leiht, kann sich nicht auf politische Naivität herausreden.

Die „IdW“-Führer haben wieder einmal einen Auftrag erfüllt und sich „im richtigen Augenblick“ gemeldet. Wessen Auftrag?

Der Charakter der „IdW“ läßt daran keinen Zweifel.

M. PUTINKOWSKI

ARCHIV AKTUELL

Das Todeslager

Mudjug

Anfang März 1918 liefen die britischen Kreuzer „Glory“ und „Cochrane“, dann der französische Kreuzer „Admiral Aube“ und am 24. Mai der amerikanische Kreuzer „Olympia“ den Hafen von Murmansk an.

Trotz der Proteste der Sowjetregierung und der Forderungen, die Schiffe wieder abziehen, verstärkten die Entente-Länder weiter ihre Präsenz im Norden Sowjetrußlands. Am 1. Juni beauftragte US-Präsident Woodrow Wilson Außenminister Lansing zu erklären, die amerikanische Regierung sei bereit, sich an der Intervention zu beteiligen und reguläre Truppenverbände nach Murmansk zu schicken.

Am 6. Juli 1918 errichteten die Interventen — unter ihnen der Kommandant des Kreuzers „Olympia“, Kapitän Biere — in der Region eine Militärdiktatur. Die Besatzungstruppen setzten sich in Murmansk fest und begannen nach Süden vorzurücken. In wenigen Tagen nahmen sie Kem, dann Onega ein. Anfang August hatten sie die Insel Mudjug in der Mündung der Dwina-Bucht, die Archangelsk vom Meer aus deckt, eingenommen. Hier wurde vom US-Kommando eines der ersten Todeslager eingerichtet.

Ein Augenzeuge des Geschehens, der Arzt Marschawin aus Archangelsk, berichtete:

„Am 2. Oktober 1918 um 4 Uhr morgens wurden 119 Häftlinge unter Bewachung auf den Hof und dann auf einen vor Anker liegenden Lastkahn gejagt. Es war schon halb vollgelaufen, und das Wasser war von einer dünnen Eisschicht überzogen. In dieses kaum seetüchtige Boot wurden wir Häftlinge gestoßen. Wir dachten, daß sie uns im Meer ertränken wollten. Doch das Boot wurde nach Mudjug mit seinem berüchtigten Todeslager geschleppt. Unter unzähligen Schlägen, bis zur Brust im eiskalten Wasser erreichte der Rest unserer Gruppe das Land — die Todesinsel. Wir wurden in eine kalte Baracke geführt und mußten uns nackt ausziehen. Viele von uns sollten diese Nacht nicht überleben.“

Die Interventen errichteten in den besetzten Gebieten im Norden Sowjetrußlands ein Schreckensregime. 52 000 Menschen wurden in Kerker geworfen. 4000 Sowjetbürger wurden standrechtlich erschossen, Tausende wurden ohne Prozeß ermordet oder zu Tode gefoltert... Daraufhin traf eine weitere Verstärkung für die amerikanischen Truppen in Archangelsk ein: 5000 Soldaten und Offiziere wurden unter dem Kommando von Oberst Stewart in die Kämpfe gegen die Rote Armee geworfen.

Drohende Abrechnung mit Mordechai Vanunu,

dem früheren Techniker am geheimen
Kernforschungszentrum Dimona in der
Negev-Wüste

Vor einigen Wochen war ich in Frunse, der Hauptstadt Sowjetkirgisiens, bei einer NZ-Leserkonferenz. Man fragte auch nach dem israelischen Techniker Mordechai Vanunu. Aus Gewissensgründen enthüllte er das Geheimnis der Negev-Wüste und lieferte die Angaben darüber sowie einige Dutzend Fotos von der dortigen Zentrale in Dimona der Londoner "Sunday Times". Zu diesem Zeitpunkt hatte er Israel bereits verlassen.

Fünf Tage vor der Veröffentlichung seiner Enthüllungen in der "Sunday Times" verschwand Vanunu. Später stellte sich heraus, daß er von Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad aus Italien entführt worden war. Man erfuhr auch, daß die Geheimdienste von NATO-Staaten ihre Hand im Spiel hatten.

Wir schrieben schon zweimal darüber (NZ 44/86 und NZ 2/87) und berichteten auch, daß das Kreisgericht in Jerusalem am 28. November 1986 gegen Vanunu ein Verfahren wegen Hochverrats und Spionage anhängig gemacht hat, wofür ihm, dem Pariser "Matin" zufolge, lebenslängliche Haft oder die Todesstrafe droht. Drei Wochen später, am 21. Dezember 1986, wurde der verhaftete Vanunu unter verstärkter Bewachung zur Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit ins Gericht überführt.

Vanunu ungebrochen

Auf den damals in vielen Medien des Auslands erschienenen Fotos sieht man, wie Wachen ihm die Arme verdrehen, ihm den Mund zudrücken und ihn ins Gericht schleifen. Man erkennt, daß ihr Opfer ungebrochen ist, obwohl der Mann fast drei Monate in

Einzelhaft war. Im Gefängnis hatte man alles getan, um seinen Widerstand zu brechen. Seinem Anwalt wurde streng verboten, irgendjemandem etwas über ihn zu sagen. Erlaubt war nur die Mitteilung, daß Vanunu die Anschuldigung zurückwies. Später erfuhr man, daß er aus Protest gegen die Schikanen im Gefängnis in den Hungerstreik getreten war. Und schließlich, daß er den Anwalt abgelehnt und erklärt hat, sich selbst verteidigen zu wollen.

Seit dem 20. März erscheinen Meldungen, daß der Prozeß schließlich hinter verschlossenen Türen stattfinden soll. Das Interesse an Vanunu und den Gründen, warum er "besonders wichtige Staatsgeheimnisse" publik gemacht hat, lebte wieder auf.

Betrachtet man, was die zionistische Propaganda im Zusammenhang mit diesem Fall behauptete, so stellt man vor allem den dringenden Wunsch Tel Avivs fest, sein Opfer zu kompromittieren. Was hat man nicht alles über ihn gesagt und geschrieben! Bald nannte man ihn nur sonderbar, bald wieder deutete man an, Habsucht habe ihn zum Landesverrat getrieben. Auch beschuldigte man ihn der Sympathien für die Palästinenser, was vom zionistischen Standpunkt aus ebenfalls Verrat ist. Oder man deutete an, er habe die Geheimnisse der Negev nicht nur an die "Sunday Times", sondern auch an Moskau verkauft.

In Tel Aviv möchte man eine Art Prozeß des Jahrhunderts, einen Prozeß wegen Atomspionage, aufziehen. Etwa wie den vor etwas mehr als 30 Jahren (1950-1953) gegen Ethel und Julius Rosenberg, die auf dem elektrischen Stuhl ermordet wurden.

Vanunu nennt man heute rosa oder rot und wirft ihm Verbindungen mit Kommunisten vor. So etwas ist in den Augen zionistischer Machtheber mindestens gleichbedeutend mit Unzuverlässigkeit. Nun, nach den zufälligen und keineswegs authentischen Bruchstückangaben

über Vanunu, die Ende vorigen Jahres in verschiedenen Medien erschienen, könnte man vermuten, daß sich seine Anschauungen nach links verlagert haben. Doch seine Beweggründe hat der australische Geistliche John McKnight, ein Freund von ihm, restlos klargestellt. McKnight hat erklärt: "Zu dem Entschluß, die Wahrheit auszusagen, kam Mordechai durch die Bekanntschaft mit der Tätigkeit einer Gruppe von Friedenskämpfern. Die Politik Israels machte ihm Sorgen."

Der Geistliche, der nach Vanunus Verschwinden als erster Alarm schlug, hat erklärt, sein Freund habe für das Reportern von der "Sunday Times" Berichtete kein Geld bekommen, er habe einzig aus "hochsinnigen Motiven" gehandelt. Als der Mossad dieses Zeugnis eines Mannes erhielt, der schwerlich verdächtig und nicht so leicht kompromittiert werden kann, sah er ein, daß es nicht gelingen würde,



Ein Wachsoldat drückt Vanunu, der zu einem Prozeß „unter Ausschluß der Öffentlichkeit“ gebracht wird, den Mund zu

Vanunu als Kommunisten oder Agenten der Kommunisten zu brandmarken. Darauf wechselte Mossad seine Taktik.

Ein UPI-Korrespondent meldete aus Jerusalem: "Wie die 'Newsweek' mitteilt, haben Mossad-Agenten Vanunu auf dem Mittelmeer von einer Yacht entführt und nach Israel zurückgebracht, wo er vor Gericht kommt. Der 'Sunday Times' zufolge ist das vielleicht eine vom Mossad inspirierte Falschmeldung, mit der er die fest bleibenden arabischen Staaten mit dem vermutlichen Atompotential Israels einschüchtern will."

Die Behauptung der "Newsweek", Vanunu sei von Bord einer Yacht entführt worden, wurde sofort als Falschmeldung des Mossad, als Versuch festgenagelt, die Öffentlichkeit über das skrupellose Vorgehen israelischer Agenten in Italien hinwegzutäuschen. Die Mitteilung, daß der Mossad dahintersteckt, ging jedoch um die Welt.

Der Skandal dauert an

Zur Vorbereitung des Prozesses hinter verschlossenen Türen brauchte Tel Aviv ein halbes Jahr. Die Verzögerung erscheint nicht so harmlos, wenn man bedenkt, daß die Schergen Zeit brauchten, um den Häftling kleinzukriegen, damit der Prozeß im politischen Interesse des zionistischen Staates ausgeschlachtet werden könnte. Andererseits rechnete man darauf, daß der Skandal, den die Entführung Vanunus als staatlicher Terrorakt ausgelöst hatte, abflauen und durch irgendeinen anderen internationalen Skandal — beispielsweise durch das inzwischen aufgeflogene Irangate — in den Schatten gestellt werden würde.

Ist es laut vorliegenden Angaben nicht gelungen, Vanunu kirre zu machen, so scheint die Hoffnung auf ein Abflauen des Skandals eingetroffen zu sein. Zwar hat noch am 24. Dezember v. J. der derzeitige italienische Ministerpräsident Craxi erklärt, daß sich die Behörden mit der Entführung Vanunus aus Italien befassen, aber mit welchem Resultat, das ist noch jetzt unbekannt. Ebenso haben die Behörden Frankreichs auf die Meldung nicht reagiert, Vanunu sei von den Entführern über den Pariser Flughafen Orly nach Israel geschafft worden. Die Aufregung, die wegen der Rolle der britischen Geheimdienste bei der schändlichen Entführung in London auszuberechnen drohte, blieb aus.

Dennoch hält der Skandal an. Es geht ja nicht nur darum, daß ein Mann, der in der unterirdischen Zentrale Dimona tätig war, aus Gewissensgründen gegen die nuklearen Pläne Tel Avivs aufgetreten ist, und auch nicht um seine wiederholte Aussage, daß Israel im Besitz von Massenvernichtungswaffen ist, die es direkt oder indirekt mit Hilfe der NATO-Länder bekommen hat.

Die Hauptsache ist, daß Vanunu die Verantwortung derer zur Sprache gebracht hat, die die Atomkatastrophe

näherbringen und sich in ihrer Politik auf Kernwaffen orientieren. Dafür eben steht er in Israel vor Gericht.

Ist es Tel Aviv vorläufig auch gelungen, Vanunu im Kerker mundtot zu machen, so ist es dazu bei anderen Personen, die etwas zu enthüllen haben, nicht in der Lage. Journalisten des japanischen Zeitungstrusts „Shueisha“ haben einen Bericht über Tel Avivs geheimes Nuklearprogramm abgefaßt, in dem es heißt, daß israelische Piloten auf einem geheimen Testgelände in der Negev den Kernwaffeneinsatz proben. Dort handelt es sich um kleine, aber sehr schlagkräftige nukleare Ladungen, die von F-16-Jagdbombern aus den USA oder mit israelischen Jericho-Raketen ans Ziel befördert werden. Namhafte japanische Experten bestätigen unter Berufung auf geheime Quellen Vanunus Angaben bei der „Sunday Times“. Der japanischen Zeitschrift „Gunji Kenkyu“ zufolge werden, nachdem in Dimona 1964 die Uranaufbereitung anlief, dort bis zu 40 kg „Plutoniumsprengstoff“ jährlich produziert. Ryuichi Hirokawa, ein Nahostexperte, erklärt, daß Israel nicht, wie es bisher hieß, 100–200, sondern bereits „über 200 zum sofortigen Kampfeinsatz bereite nukleare Ladungen besitzt“.

In letzter Zeit ist in der Auslandspressen wieder von dem „Satanbündnis“ Tel Avivs mit Pretoria die Rede. So schreibt die „Washington Post“: „Eine Sonderurkunde über Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik dient als Grundlage dafür, die Ressourcen beider Länder für Nuklearforschungen zusammenzulegen. Kernphysiker und technische Fachkräfte Israels besuchen regelmäßig die RSA. Von vielen Seiten wird geglaubt, daß im September 1979 über dem Südatlantik gemeinsame Atombombentests vorgenommen wurden, obwohl das von beiden Seiten geleugnet wird. Die RSA liefert bekanntlich das Uran für die Zivil- und Militäranlagen Israels, auch die sogenannte Bombenfabrik beim Reaktor von Dimona in der Negev.“

Im vergangenen Oktober, gleich nach Vanunus Enthüllungen, verlangte eine Gruppe arabischer Länder, daß der Punkt „Israels Kernwaffen“ in die Tagesordnung der 41. UNO-Vollversammlung aufgenommen wird. In dem betreffenden Schreiben an den UNO-Generalsekretär

war von „den äußerst gefährlichen nuklearen Vorbereitungen Israels“ und davon die Rede, daß sie zur Verletzung von UNO-Resolutionen und zur Umgehung der IAEA führen. Damals verurteilte die UNO-Vollversammlung Israel für seine Weigerung, den diesbezüglichen früheren Resolutionen nachzukommen. Auch wurde beschlossen, Israels Atompolitik auf die Tagesordnung der nächsten Vollversammlung zu setzen.

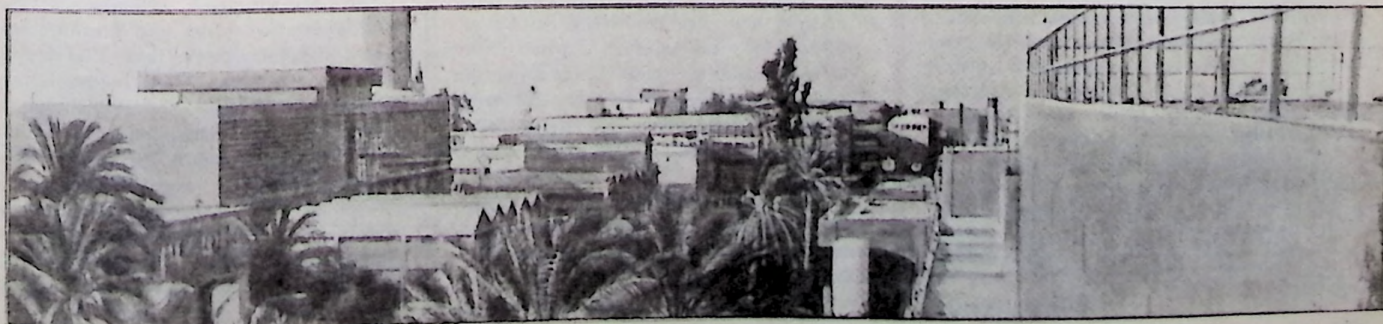
Tel Aviv hat aber, von Washington unterstützt, dafür nur taube Ohren. Es hat sich dem Beitritt zum Kernwaffensperrvertrag von 1968 entzogen und weigert sich heute, seine nuklearen Zentren für eine internationale Inspektion freizugeben. So hat Norwegen, das seinerzeit 20 t schweres Wasser an Israel verkaufte, das Recht zu überweisen, ob es dieses nicht für militärische Zwecke verwendet. Nachdem bekannt geworden ist, daß es in Dimona tatsächlich zur Plutoniumerzeugung benutzt wird, brachten die Norweger ihr Kontrollrecht zur Sprache, aber damit hatte die Sache ihr Bewenden.

Einschüchterungsversuch

Aber kommen wir auf den Fall Vanunu zurück. Wie gesagt, heißt es, Tel Aviv selbst stecke hinter dem Durchsickern von Atomgeheimnissen aus Dimona, es wolle damit die arabischen Länder einschüchtern, um ihnen seine eigenen politischen Entscheidungen aufzuzwingen zu können. Zu dem Verdacht gegen Tel Aviv liegen gewisse Gründe vor. Nach den politischen Niederlagen der letzten Zeit im Nahen Osten können sich die strategischen Bundesgenossen Tel Aviv und Washington auch zu einer nuklearen Erpressung entschließen. Es ist, wie sich im Oktober v. J. in der UNO zeigte, nicht gelungen, bei den arabischen Völkern eine Panik auszulösen, nachdem Vanunu bestätigte, daß Tel Aviv Kernwaffen besitzt. Die imperialistische und zionistische Propaganda schreckt die Araber ja schon seit den 70er Jahren mit israelischen Kernwaffen. Die UNO-Debatten haben gezeigt, daß die arabischen Länder die nukleare Bedrohung durch Israel ernst nehmen. Die Sache ist aber bekanntlich zweischneidig. Ein Kernwaffeneinsatz Tel

Eln von Vanunu gemachtes Foto von der Kernforschungszentrale in Dimona

Fotos: „Espresso“ (Italien) und „Sunday Times“ (Großbritannien)



Aviv in einem so engen Raum wie dem Nahen Osten wäre für den Angreifer purer Selbstmord. Das weiß man sowohl in den arabischen Hauptstädten als auch in Tel Aviv. Wenn man aber sagt, daß der Kernwaffenbesitz Israels eine militärische Bereinigung des Nahostproblems ausschließe, so weiß man in Tel Aviv aber auch genau, daß sich die arabischen Länder auf eine politische und nicht militärische Lösung des Problems orientieren und daß der Gedanke an eine internationale Nahostkonferenz unter Teilnahme der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats und aller interessierten Seiten sowohl in dieser Region als auch in der übrigen Welt immer mehr Zustimmung findet. Tel Aviv fürchtet aber gerade eine politische Lösung. Diese würde ja die heutige Rolle des zionistischen Staates als US-Gendarm unweigerlich entwerfen, und das wiederum würde zur jähen Drosselung des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bestands der USA für Israel führen. Ohne Gegenleistung zahlt Washington nichts.

Übrigens setzen sich heutzutage immer mehr Israelis für eine politische Lösung des Nahostproblems ein. Sie sind des 40jährigen Kriegszustandes müde und drücken immer stärker auf Tel Aviv, um eine friedliche Regelung durchzusetzen. Vanunu gehört zu den Israelis, die diese Einstellung in tapferen Aktionen zum Ausdruck bringen. Deshalb will Tel Aviv mit dem geheimen Prozeß und Strafgericht über Vanunu alle Verfechter einer friedlichen Regelung im Staate Israel einschüchtern.

Es ist durchaus kein Zufall, daß einen Tag vor dem Prozeß über Vanunu in Ramleh ein Prozeß gegen vier israelische Pazifisten begann, die im November 1986 an einem Treffen mit einer PLO-Delegation teilnahmen. Sie werden nach einem Gesetz vom August v. J. gerichtet, laut dem es Staatsbürgern Israels verboten ist, Kontakt zu Vertretern "terroristischen Organisationen" zu haben. Das Verfahren in Ramleh ist der erste Prozeß nach diesem Gesetz. Zugleich ist Michel Warschawski, Leiter des Zentrums für Alternativinformation, festgenommen worden. Dieses Zentrum hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit und die Presse auf Verstöße Israels gegen die Menschenrechte in den besetzten arabischen Gebieten hinzuweisen. Warschawski sind Glieder ein und dung mit "Terroristen" beschuldigt.

Der Prozeß gegen Vanunu, das rigorose Vorgehen gegen die vier israelischen Pazifisten und die Festnahme Warschawski sind Glieder ein und derselben Kette. Der zionistische Staat, der die Völkerrechtsnormen in den besetzten arabischen Gebieten und in Israel selbst mit Füßen tritt, hat gegen alle, die gegen seine abenteuerliche Politik sind, eine Offensive eingeleitet.

Also nicht von ungefähr möchten die NZ-Leser jetzt mehr über das Schicksal Vanunus wissen. Auch er kämpft gegen ein nukleares Inferno, gegen die Gefahr, in der jetzt die ganze Menschheit schwebt.

J. KORSCHUNOW

Bringen die nächsten Parlamentswahlen Veränderungen?

Die Armee und ihre Gegner

Das Wahlergebnis vom 23. April steht praktisch fest. Von den 500 Mandaten im Rat der Volksvertreter sind bereits 100 für die Armee reserviert. Seit 1965 ist sie die führende politische Kraft dieses Landes mit seinen annähernd 170 Millionen Einwohnern. Die Organisation der funktionellen Gruppen (Golkar) rechnet mit 70 % der verbleibenden 400 Plätze. Die Golkar ist eine Massenorganisation unter Aufsicht der Armee und des Staatsapparats. Auf Grund der vorausgegangenen Wahlen 1971, 1977 und 1982 kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß die Golkar mit Unterstützung der Militärs ihr Ziel erreicht. General Murdani, Oberkommandierender der indonesischen Streitkräfte, hatte Präsident Suharto bereits im September 1986 gemeldet, daß die Armee in der Lage sei, "den Verlauf des Wahlkampfs unter Kontrolle zu halten".

Um die verbleibenden 100 - 120 Plätze bewerben sich die Demokratische Partei Indonesiens (DPI) und die islamische Partei der Einheit und Entwicklung (PEE). Mit mehr dürfen sie nicht rechnen, denn beide sind durch internen Streit und Spaltungen geschwächt. Eine Sonderkommission überprüft pedantisch alle Kandidaten auf ihre Loyalität und hat vorsorglich 60 von 800 Golkar-Kandidaten ausgesiebt, 250 von 800 PEE-Kandidaten und 259 von 629 DPI-Kandidaten. Weil sie mit dieser Selektion gerechnet hatten, stellten Golkar und die beiden anderen Parteien Kandidaten auf Vorrat auf.

Selbst wenn man die unwahrscheinlichste Variante annimmt, nämlich daß eine der genannten Parteien die Parlamentsmehrheit erringt, heißt das noch lange nicht, daß sie auch wirklich regiert, weil das Staatsoberhaupt die Minister nach Gutdünken ernannt, und zwar ohne Rücksicht auf das politische Kräfteverhältnis im Parlament. Zudem sind die Möglichkeiten des Parlaments, die Tätigkeit der Regierung zu kontrollieren, praktisch gleich Null: Das Kabinett ist ausschließlich dem Präsidenten verantwortlich.

Trotzdem waren die drei vorausgegangenen Wahlkämpfe stürmisch verlaufen, und der Kampf der politischen Leidenschaften hatte zu spontanen Zusammenstößen geführt. Die Armeeführung

hatte offensichtlich deshalb bereits erklärt, daß massenhafte Mobilisierung zu Wahlkampfveranstaltungen unerwünscht sei, weil es dabei zu einer Entladung der Emotionen, zu Aufruhr und Gewaltakten kommen könne.

Wenn aber das Wahlergebnis bereits feststeht, woher rühren dann diese Leidenschaften? Offenbar daher, daß alle die Wahlen als einzige Möglichkeit ansehen, die Armee, um ihren Regierungseinfluß zu stärken, die Parteien, um ihr Existenzrecht zu behaupten und der normale Wähler, um sich, zumindest während der Stimmabgabe in die Politik einzuschalten und seine Einstellung zu der im Land herrschenden Ordnung zu artikulieren.

Nach

dem Wirtschaftsboom

Diese Wahlen in Indonesien werden unter erheblich schwierigeren Umständen stattfinden, als in den ganzen letzten 20 Jahren davor. Das recht überzeugende Wirtschaftswachstum der 70er Jahre, begünstigt durch die hohen Erdölpreise (Indonesien exportiert Erdöl) und den Zustrom westlicher Investitionen und Kredite wurde 1982 durch einen Rückgang abgelöst, dem nach einer kurzen Atempause eine zweite Flaute folgte. Diese wurde schon durch den Preissturz bei Flüssigbrennstoffen ausgelöst. Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich: von 6,1 % 1984 auf 1,9 % 1985 und 1 % 1986. Der Wirtschaftsflaute folgte ein Preisanstieg und Senkung des Beschäftigungsgrades. Um den Export zu beleben, wertete die Regierung im September 1986 die indonesische Rupie um 45 % ab.

Die Abhängigkeit Indonesiens von westlichen Investoren und Kreditgebern macht sich jetzt bemerkbar. 1981 betrugen die Ausgaben für Schuldentilgung noch 10 % der Exporteinnahmen, 1986 dagegen überstiegen sie bereits 30 %. Das geschieht heute vor dem Hintergrund eines versiegenden Zustroms an Auslandsinvestitionen, an denen sich die Wirtschaft Indonesiens in bedeutendem Maß orientiert, von 2,5 Md. US-Dollar 1983 auf nicht ganz 700 Mio 1985.

In Indonesien ist man beunruhigt, daß, wenn diese negativen Tendenzen sich ausweiten, die Errungenschaften zunichte machen, wie etwa die Selbstversorgung mit Reis, dem wichtigsten Nahrungsmittel des Landes, den Produktionszuwachs in mehreren Industriezweigen, u. a. in der verarbeitenden Industrie, den Inflationsstopp und eine Preiskontrolle für Waren des Grundbedarfs. Die Behörden verbuchen auch das verzögerte Bevölkerungswachstum und relativ hohe und stabile Devisenreserven unter Erfolg.

Inzwischen leitet die Regierung Maßnahmen ein, um Produktion und Export solcher Waren zu erhöhen, die nicht mit Erdöl und Erdgas zusammenhängen, und um die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit sozialistischen Staaten und Entwicklungsländern auszuweiten. Während der Unterredungen in Djakarta zwischen UdSSR-Außenminister Schewardnadse und führenden indonesischen Politikern kamen die Seiten überein, die bestehenden Möglichkeiten für gegenseitig vorteilhaften Warenaustausch besser zu nutzen.

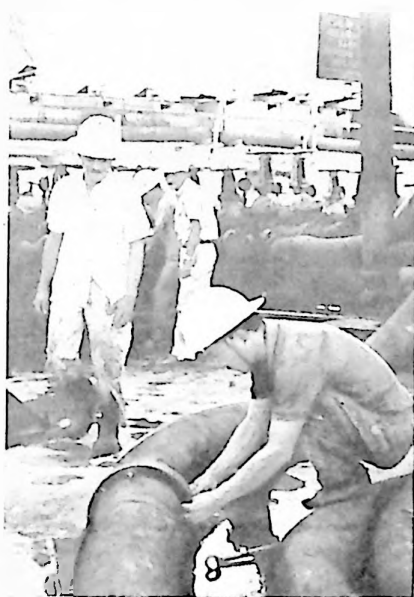
Diese Maßnahmen können natürlich auf längere Sicht dazu beitragen, die ökonomischen Schwierigkeiten zu überwinden. Ihre Resultate werden sich allerdings erst nach einiger Zeit bemerkbar machen. Solange bleibt die Lage ernst. Um so mehr, als der Westen, vor allem die USA, Indonesien mit allen Mitteln daran hindern, als Exporteur von Industrieerzeugnissen auf den Weltmarkt zu treten.

Die zunehmenden wirtschaftlichen Gebrechen stehen in engem Wechselverhältnis zu sozialpolitischen Erschütterungen. Die Entwicklung des Kapitalismus in Indonesien führte zu einer sich vertiefenden Differenzierung der Klassen- und Eigentumsverhältnisse. Soziale Unruhen in den Städten und auf dem Land waren die Folge. Obwohl die Organisationen der Werktätigen nach wie vor streng verboten sind, brechen diese Unruhen oftmals und in den verschiedensten Formen, manchmal gewaltsam, hervor. Auch die Übermacht des Auslandskapitals ruft Unwillen hervor. Die Öffentlichkeit sieht darin nicht nur eine intensivierte wirtschaftliche Abhängigkeit, sondern auch die Gefahr, daß traditionelle nationale geistige Werte zersetzt werden.

Suche nach Alternative

Im Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung Indonesiens weiteten sich die "Mittelschichten" aus, steigert der Anteil der einheimischen Unternehmer und der an sie angrenzenden wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Sie sind objektiv daran interessiert, daß das Vorrecht der staatlichen Einflußnahme von der Armee auf zivile Kreise verlagert wird, daß die

nationale Bourgeoisie unmittelbar an der Regierung des Landes teilhat und daß der Einfluß der repräsentativen Organe erhöht wird. Die objektiv sich vollziehende Veränderung in der sozialen Zusammensetzung der indonesischen Gesellschaft erfordert auch im politischen Überbau eine Entsprechung auf demselben Niveau, wie die wirtschaftliche und technische Modernisierung, die diese Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten



Sumatra - das indonesische Erdölzentrum

erreicht hat. Man kann sagen, daß sich in Indonesien eine bürgerlich-liberale Opposition herausbildet, die bei allen inneren Widersprüchen und der klassenbedingten Beschränktheit ihrer Forderungen nach mehr Demokratie in Zukunft das politische Leben des Landes maßgeblich prägen kann.

Die Militärs dagegen halten die politische Initiative fest in der Hand und machen nicht den Eindruck, als wären sie geneigt, die Macht mit irgend jemandem zu teilen. General Murdani und andere führende Militärs haben kategorisch verlautbart: Niemand hat die führende Rolle der Armee in der Gesellschaft in Zweifel zu ziehen. Erklärungen dieser Art werden durch politische und Verwaltungsakte bekräftigt, die dazu dienen sollen, jede Veränderung im gegenwärtigen Staatsaufbau oder gar Alternative abzuwürgen.

Die bereits 1966 illegalisierte Kommunistische Partei Indonesiens ist immer noch grausamen Repressalien ausgesetzt. Der Staatsapparat wird nach wie vor von allen gesäubert, die man linker Gesin-

nung verdächtig, ja selbst von Personen, die mit Mitgliedern vor über zwei Jahrzehnten verbotener fortschrittlicher Organisationen weitläufig verwandt sind.

Die Regierung hat vor zwei Jahren durchgesetzt, daß im Parlament ein Gesetz verabschiedet wurde, das die "Panca Sila" genannten folgenden fünf Prinzipien der Staatsideologie für alle Parteien und gesellschaftlichen Organisationen verbindlich erklärt: Monotheismus, Demokratie, nationale Einheit, soziale Gerechtigkeit und Humanismus.

Für sich genommen sind diese Prinzipien über jeden Einwand erhaben. Die politischen Gruppierungen Indonesiens befürchten jedoch, daß die Militärführung, die sich das Recht vorbehält, die offizielle Ideologie ausulegen und zu bestimmen, inwiefern die Haltung einer bestimmten Organisation mit diesen fünf Prinzipien übereinstimmt, über ein universelles Machtmittel verfügt für eine noch rigide Kontrolle über jede politische Betätigung in diesem Land.

Die Einschränkung legaler Möglichkeiten für die Diskussion um grundlegende gesellschaftliche Probleme konnte nicht dazu führen, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Ein entgegengesetzter Prozeß läuft ab, und die politischen Auseinandersetzungen nehmen erbitterte Formen an.

Hier liegt ein Grund für die Aktivierung der oppositionellen Islam-Bewegung. Sie operiert sowohl innerhalb der existierenden legalen Strukturen als auch unabhängig davon. Sie wendet sich an die Massen, die mit der Einschränkung demokratischer Freiheiten und mit den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Entwicklung unzufrieden sind, und an alle diejenigen, die angesichts des Verbots, fortschrittliche Ideologien zu verbreiten, außer der religiösen, keine Alternative zur bestehenden Wirklichkeit sehen. Die radikalen Moslems ziehen Menschen aus allen Schichten der indonesischen Gesellschaft an, vor allem Jugendliche. Was sie nicht haben, ist ein reales, positives Programm, um es dem jetzigen Regierungskurs entgegenstellen zu können. Viele indonesische Beobachter, auch aus der Umgebung der Militärs, meinen jedoch, daß die Moslemextremisten eine potentielle Gefahr für die politische Stabilität Indonesiens darstellen.

Die Probleme, mit denen Indonesien jetzt, zu den fünften allgemeinen Wahlen in der Geschichte des Landes konfrontiert ist, sind nicht neueren Ursprungs, sondern aus der mehrere Jahrzehnte währenden Entwicklung des Landes erwachsen. Heutzutage haben sie sich jedoch derart zugespitzt, daß von den Methoden ihrer Lösung abhängt, wie die indonesische Gesellschaft in der nächsten Zukunft aussehen wird.

A. JURJEV

Wenn jeder von uns einen Apfel hat und wir sie tauschen, ist das Ergebnis nichtig. Ich habe einen Apfel, und Sie haben ebenfalls nur einen. Wenn wir aber Gedanken austauschen, wird jeder von uns doppelt so reich. Zudem bringt ein Gedanke einen anderen hervor. Heute hat die Literatur eine weitere, vielleicht die vornehmste Aufgabe: die Menschen an die Wichtigkeit des Friedens, an die Notwendigkeit des Friedenskampfes, daran zu mahnen, daß der Frieden der höchste Wert ist. Wer den Krieg erlebt hat, versteht das besonders gut."

"Schreiben Sie auch heute über den Krieg?"

"Ja, kann man denn anders? Mein Roman 'Ein Silberling' handelt vom Slowakischen Nationalaufstand. Ich weiß, was Faschismus ist, und habe meine persönlichen Erfahrungen, was faschistische Gefängnisse betrifft. Seit Beginn 1944 bis Kriegsende war ich in einem Gefängnis für politische Häftlinge. Ich hatte versucht, Dokumente für einen Illegalen, nach dem die Gestapo fahndete, zu beschaffen. Jeder Tag konnte für mich der letzte sein."

"Ihre Lebenserfahrungen bestimmen den Themenkreis Ihrer Werke. Bereuen Sie nicht, daß Sie so viele Jahre als Ingenieur tätig waren?"

"Neunzehn Jahre lang saß ich auf zwei Stühlen, war Ingenieur und schrieb zugleich Bücher. An den Schreibtisch konnte ich mich nur nach Feierabend oder sonntags setzen, arbeitete viel nachts, schlief erst gegen Morgen ein. Dann endlich sah ich ein, daß ich wählen mußte, und entschied mich für die Literatur. Meinen technischen Beruf verdanke ich meinen Eltern, die einst beschlossen hatten, daß ich Ingenieur werden müsse. In der Jugend tat es mir leid, ich meinte, klassische Bildung wäre mir nützlicher gewesen. Jetzt aber bin ich meinen Eltern dankbar, weil ich 20 Jahre unter Menschen gelebt habe, die sich ihre Existenz mit schwerer körperlicher Arbeit verdienen. Ich kenne ihre Probleme und ihre Freuden. All das kann ich in meinem literarischen Schaffen gut gebrauchen."

"Nach dem Krieg ging die tschechoslowakische Literatur erstmalig daran, Arbeit als Schaffensprozeß zu zeigen. Das war eine Art Experiment. Es erschienen zahlreiche 'Produktionsromane', aber nur wenige davon haben die Probe der Zeit bestanden. Viele dieser Werke waren dogmatisch und schematisch. An sich ist die Hinwendung zur Produktionsthematik logisch, sie gab die Möglichkeit, den Helden vor eine Alternative zu stellen und in einem Konflikt seinen Charakter auszuleuchten. Doch die Konfliktformel 'Neuerer gegen Konservative' kompromittierte sich schließlich vollends, und die Künstlichkeit der Konstruktion verurteilte die Autoren zum Mißerfolg. Übrigens nannte damals keiner solche Bücher mißglückt... Warum bildeten Pluhars

Romane und Erzählungen aus jenen Jahren, ebenfalls 'Produktionsprosa', z. B. das 1954 herausgekommene 'Blaue Tal', eine glückliche Ausnahme?"

"Unsere Literatur machte eine Krankheit durch, von der die Literaturen aller volksdemokratischen Länder angesteckt waren. Die Schriftsteller wollten ihrem Volk beim Aufbau des neuen Lebens helfen und schrieben Romane, die die Menschen zu guter Arbeit aufforderten. Sie besangen Bestarbeiter und Neuerer, und dies aufrichtig, weil sie vom allgemeinen Schwung der Aufbauarbeit mitgerissen waren. Trotz aller schönen Absichten der Autoren blieben diese Bücher kurzlebig. Sie waren künstlerisch seicht und beschäftigten sich nur mit positiven Helden. Der Inhalt hatte den Vorrang vor der Form."

"Auch für Sie? Oder war Ihnen der Mensch in der Produktion interessanter als die Produktion selbst? Kann man sagen, daß Sie sich mit ethischen Problemen auseinandergesetzt haben?"

"Was mich immer bewegt hat, war das: wie verhält sich ein Mensch in einer schwierigen Situation, da die Entscheidung von seinem Gewissen, seinen moralischen Prinzipien abhängt?"

"Wir wissen, daß der Dogmatismus in der Literatur nicht wenig Schaden angerichtet hat, daß seine Überwindung ebenfalls mit Überspitzungen verbunden war und viele tschechoslowakische Schriftsteller es nicht vermochten, sich in dieser komplizierten Situation zurechtzufinden. Nach den Ereignissen von 1968 entdeckte die Literatur eine für sich neue Etappe in der künstlerischen Darstellung des Lebens."

"Ja, charakteristisch für unsere Literatur sind seit über 10 Jahren ein erhöhtes Interesse für die menschliche Individualität und das Streben, eine facettenreiche Gestalt unseres Zeitgenossen zu schaffen, sein ethisches Wesen und sein Verantwortungsgefühl gegenüber der Gesellschaft, der Epoche, gegenüber sich selbst zu zeigen."

"Ich denke an Ihren Roman 'Endstation', der in den 70er Jahren entstand. Er ist zwar ins Russische übersetzt, aber für jene unserer Leser, die den Roman nicht kennen, will ich ein paar Worte dazu sagen. Die Handlung spielt in einem Altersheim. Statt des für Pluhar typischen dynamischen Sujets haben wir hier eine langatmige Erzählung, lange Überlegungen der Helden, eine ausführliche Schilderung des traurigen Alltags von Menschen, deren Leben die Endstation erreicht hat. Die Helden - und zugleich der Autor selbst - denken an ihr Leben zurück, noch einmal überprüfen sie in Gedanken ihr Handeln und sich selbst. Moral, Ehre, Gewissen - mit diesen Kategorien arbeitet der Autor hier. Die Helden erleben schwierige moralische Kollisionen, eine richtige Entscheidung fällt ihnen nicht leicht. Erneut stellt sich hier das Thema der moralischen Wahl ein. Nach allem zu urteilen, ein besonders wichtiges Thema für Sie?"

"Das Thema der Entscheidung, die das gesamte spätere Leben eines Helden bestimmen soll, kennzeichnet die ganze tschechoslowakische Gegenwartsliteratur. Die komplizierte Geschichte unseres Landes verleiht diesem Thema eine besondere, tragische Aktualität. Vielleicht handelt es sich dabei auch um das Hauptthema der gesamten Literatur des 20. Jahrhunderts. Ich weiß, daß mein Roman 'Wenn du mich verläßt' den sowjetischen Lesern gefallen hat. Auch das ist ein Buch über jene, die ihre Wahl treffen - und sich dabei irren. Über jene, die aus eigenem Antrieb Emigranten werden."

"Was charakterisiert die tschechische Literatur der 80er Jahre?"

"Seinerzeit warf die Kritik den Autoren vor, daß sie mit 'versteckter Kamera' arbeiten und das Leben widerspiegeln, ohne es gedanklich verarbeitet zu haben. In den letzten Jahren beginnen viele junge Autoren, die komplizierten Erscheinungen unseres Heute tiefgreifender zu analysieren. Man kann sagen, daß sie ein ausgeprägteres Verantwortungsbewußtsein haben. Unter anderem würde ich das nachlassende Interesse für den historischen Roman erwähnen."

"Wie erklärt sich das?"

"Die Gattung wurde von den früheren Schriftstellergenerationen ausgiebig durchgearbeitet. Es ging auch nicht ohne einen gewissen Druck der Kritik auf die Autoren ab: Man erwartet einen positiven Helden. Meiner Meinung nach bestimmt nicht die Zeit der Handlung den Umstand, ob ein Literaturwerk gegenwartsnah ist oder nicht. Ein Buch über Sokrates kann viel aktueller sein als etwa ein schlechter Roman über das heutige Leben unserer Arbeiter. Gegenwartsnähe ist das bildhaft reproduzierte Gefühl für das Geschichtsbewußtsein."

"Überraschend formuliert! Ich glaube, das findet bei unseren Lesern Interesse. Die letzte Frage: Gehören Sie zu jenen Schriftstellern, die Fragen nach ihren schöpferischen Plänen nicht beantworten?"

"Nein. Ich möchte ein Erinnerungsbuch schreiben. Memoiren sind bei uns sehr populär. Manchmal steckt die Neugier nach skandalösen Geschichten aus dem Privatleben berühmter Menschen dahinter, aber im Ernst gesprochen, möchte ich versuchen, zu vereinigen, was unvereinbar scheint: Erinnerungen und Dichtung. Unter realen historischen Umständen sollen literarische Gestalten handeln, denen ich Leben verleihen will. Die Handlung spielt zwischen 1918, als der Tschechoslowakische Staat gegründet wurde, und 1938, als die Republik zugrunde ging. Natürlich möchte ich meine Leser, auch in der UdSSR, nicht in ihren Erwartungen täuschen. Es ist mir eine große Freude, daß bei Ihnen jetzt gleich mehrere meiner Bücher übersetzt werden."

Leonid MLETSCHEIN

Prag-Moskau

"NEUE ZEIT" 14.87

Die Zeit ist Zeuge

Einige Kilometer nordwestlich von Bagdad reicht die Wüste bis unmittelbar an die Straße. Immer seltener werden die grünen Oasen, die Menschen und Tiere. Und schließlich ist es so weit — um uns herum nur Sand, soweit das Auge reicht. Der glühend heiße Wind peitscht die seltenen Bündel der kärglichen Wüstenflora, läßt sich entsetzliche Sandstürme am Horizont zusammenballen. Und nur die entgegenkommenden Wagen und die Nottelefone, die in gleichmäßigen Abständen am Straßenrand stehen, erinnern an die Gegenwart des Menschen.

Unwillkürlich fährt man schneller, und da endlich nähert sich die Straße dem Euphrat — und sogleich, als wäre es ein Wunder, eine Fata Morgana, tauchen hinter der Wegbiegung dichte Palmenhaine, Gärten und bestellte Felder, das satte Grün von Wiesen auf, sieht man lächelnde braungebrannte Bauern.

Immer ist es so gewesen, das geschichtsträchtige, legendäre Mesopotamien — ein faszinierend schönes und erstaunlich fruchtbares Land, dort, wo Wasser ist, und leblos, dem Menschen feindlich, dort, wo das lebenspendende Naß fehlt.

An den Euphrat schmiegt sich die gemütliche Kleinstadt Al Qadisiya, ein wahres Eldorado für Freunde der traditionellen arabischen Kultur. Doch nun schon einige Jahre hat die Stadt mit ihren engen Gassen ihre jahrhundertelange Ruhe verloren. Jeden Tag rollen durch Al Qadisiya LKW-Karawanen mit Baumaterial, Technik und Menschen.

Etwas weiter den Euphrat aufwärts geht der Bau des leistungsstarken Wasserkraftwerks Al Qadisiya, eines Objekts der sowjetisch-irakischen Zusammenarbeit, seinem Abschluß entgegen. Das Wasser aus dem riesigen Stausee wird Hunderttausende Hektar bewässern. Der erste Block des Kraftwerks, das nach sowjetischem Projekt und mit technischer Unterstützung der UdSSR gebaut wird, liefert bereits Strom. Die geplante Leistung des Wasserkraftwerks beträgt 660 000 KW.

Jedesmal, wenn ich den Bau besuchte, war ich erstaunt, wie harmonisch sein riesiger, angespannt arbeitender Mechanismus funktioniert. Dutzende gigantischer Fahrzeuge, die den irakischen Bedingungen hervorragend angepaßt sind, Sprengungen in den Felsen, Bagger, insbesondere Saugbagger. Meter für Meter wuchs der Staudamm. Gemeinsam waren hier sowjetische und irakische Ingenieure und Arbeiter tätig.

"Findet ihr eine gemeinsame Sprache?" fragte ich den Dolmetscher Alexander Golzow.

"Kein Problem! Bald werde ich arbeitslos sein", lacht er, wobei er auf Dmitri Kalinkewitsch und Munzer Bakr zeigt, die lebhaft ein Schaltbild erörtern. Sie sprechen ein merkwürdiges Gemisch aus Russisch und Arabisch, wobei sie einander großartig verstehen.

Man könnte jetzt viel aufzählen: Wie viel Kubikmeter Gestein aus dem Boden geholt werden mußten, um den Staudamm zu errichten (30 Millionen!), mit welcher Effektivität die sowjetische Technik genutzt wird, ja wie viele Neuerervorschläge und untraditionelle Lösungen bei dem Bauvorhaben gefunden wurden.



Jeder Abschnitt des Staudamms vermittelt neue berufliche Erfahrungen.

Foto des Autors

"Doch wie lassen sich Begeisterung, Talent und Energie von Tausenden hervorragender Spezialisten messen, also das, was den Damm so fest und für Jahrhunderte unerschütterlich gemacht hat?" Diesen Satz des Generaldirektors des Bauobjekts, Basem Al-Abaiji, habe ich in meinem Notizbuch unterstrichen.

"Der Bau des Wasserkraftwerks wurde zu einer Bewährungsprobe für die Arbeit unter komplizierten, bisweilen extremen Bedingungen und die Freundschaft, den Internationalismus und wahre gegenseitige Hilfe sowohl für die sowjetischen Menschen als auch für die Irakis", sagte der sowjetische Chefexperte Viktor Skripnikow.

Das Wasserkraftwerk Al Qadisiya ist nur eines der ca. 100 Wirtschaftsobjekte, die in Zusammenarbeit mit der UdSSR auf irakischem Boden entstanden sind. Diese Zusammenarbeit umfaßte die Schlüsselzweige der Wirtschaft. Wichtige Bewässerungskanäle wurden verlegt, Kraftwerke gebaut. Betriebe der Schwer- und der Leichtindustrie entstanden, nationale Kader werden ausgebildet. Von nicht geringer Bedeutung für die unabhängige Entwicklung des Landes ist die Zusammenarbeit in Bildung und Kultur. Doch vom Erdöl — dem Hauptreichtum

des Irak, der zweifelsohne das Schicksal des Landes bestimmt — soll gesondert die Rede sein.

Die Sowjetunion kam dem Irak an einem Wendepunkt seiner Geschichte zu Hilfe, als Anfang der 70er Jahre die Ölindustrie nationalisiert wurde. Diese Entscheidung war ein revolutionärer Schritt und ein wichtiges Beispiel für viele Entwicklungsländer. Die UdSSR half, den Wirtschaftsboykott der Monopole zu durchbrechen. Der Tanker, der die erste Ladung von dem irakischen Volk gehörenden Öl an Bord nahm, fuhr unter sowjetischer Flagge. Auch heute helfen sowjetische Erdölarbeiter, die Förderung des „schwarzen Goldes“ zu vervollkommen.

Der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und dem Irak wurde am 9. April 1972 unterzeichnet. Dieses Dokument wurde zu einer Art Bilanz und zugleich zu einem festen Fundament für die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen. Die vergangenen 15 Jahre haben gezeigt, daß sich Moskau und Bagdad dabei nicht täuschten: Der Vertrag hatte eine wichtige Funktion bei der Festigung der antiimperialistischen Solidarität und dem Zusammenwirken unserer Völker, bei der Konsolidierung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit des Irak.

"Die Zeit ist der unvoreingenommenste, ehrlichste Zeuge für die Aufrichtigkeit und die Festigkeit unserer Freundschaft", sagte mir der Vorsitzende der Gesellschaft für irakisch-sowjetische Freundschaft Najih Mohammad Khalil.

... Über dem Damm des Wasserkraftwerks Al Qadisiya sind die Luftabwehrgeschütze in ständiger Bereitschaft. Selbst Hunderte Kilometer von der Front entfernt spürt man die Auswirkungen des tragischen iranisch-irakischen Krieges. Er fügte der Wirtschaft des Irak schweren Schaden zu, verlangsamte ihre Entwicklung. Doch auch in schweren Jahren hielt die sowjetisch-irakische Zusammenarbeit allen Belastungen stand. Unter den nicht einfachen Bedingungen des Krieges arbeiten sowjetische Spezialisten auf vielen Wirtschaftsobjekten, entwickeln sich die kommerziellen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen.

Die Sowjetunion — das wurde erneut in der Erklärung der Sowjetregierung vom 8. Januar 1987 bestätigt — tritt entschieden für eine schnellstmögliche Beendigung des iranisch-irakischen Krieges, die friedliche Beilegung des Konflikts und für die Lösung aller Streitfragen auf dem Verhandlungsweg ein. Dieser prinzipielle Kurs der UdSSR findet volles Verständnis bei der Regierung wie bei dem Volk des befreundeten Irak.

Bagdad—Moskau

A. WASSILINOW

Ein Besuch bei namibischen Flüchtlingen

Von unserem Korrespondenten
Nikolai RESCHETNJAK

Von Lusaka aus führte unser Weg uns westwärts, zur Stadt Mumbwa, dann, durch das Tal des Kafue, nach Kaoma-town und von dort in den Busch. So erreichten wir ein auf dem Territorium Sambias gelegenes Lager der namibischen Flüchtlinge. Ich wollte sehen, wie sie leben, arbeiten und ihre Kinder lehren, diese Menschen, die von den südafrikanischen Rassisten um ihre Heimat gebracht worden sind, aber fest daran glauben, daß die Stunde der Freiheit auch für ihr leidgeprüftes Land einmal schlagen wird.

Bei Null angefangen

Etwa zwei Stunden schnelle Fahrt braucht man, um den größten sam-bischen Nationalpark, den von Kafue, zu durchqueren. Unterwegs sahen wir satt schlummernde Löwen, scheue Antilopen-herden und Giraffen, die die Menschen aus großen erstaunten Augen anblickten.

Während wir durch den Park sausten, befehlten meine Begleiter zu Gott, daß der Wagen nicht kaputtgehe. Hilfe ist hier keine zu erwarten: keine Menschen, soweit das Auge reicht, und aussteigen darf man nicht. Wer weiß, wie ein Löwe, ein Elefant oder ein Nashorn, die sich zufällig in der Nähe befinden könnten, darauf reagieren würden. Aber am gefährlichsten für die Reisenden sind nicht diese großen Bewohner der Savanne, sondern die kleine Tsetsefliege. Sie überträgt Trypanosomen, den Erreger der Schlafkrankheit, gegen die es bisher kein wirksames Mittel gibt. In einigen ausgedehnten Regionen herrschen Arten der Tsetsefliege vor, deren Stich für große Rinder und Pferde tödlich ist. Die Fliege wird bekämpft, aber vorläufig mit wechselndem Erfolg.

Als der Kafue-Nationalpark hinter uns lag, wurden wir an einem Posten angehalten. Ein Beamter ließ uns aussteigen und fing in unserem Wagen mit einem gewöhnlichen Schmetterlingsnetz etwa zehn Tsetsefliegen.

Dieses Lager der namibischen Flüchtlinge, das offiziell Zentrum für Gesundheitsschutz und Bildung heißt, entstand 1975. Damals kamen die ersten

Aktivisten der patriotischen Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) mit ihren Angehörigen her. Das Kolonialregime der RSA bedrohte sie, viele hatten Verhaftung, Gefängnis und Folter kennengelernt. Eine Zuflucht fanden hier auch die Frauen und Kinder der Gefallenen der Partisanenarmee, die für die Befreiung der durch die RSA rechtswidrig okkupierten Heimat kämpft, und jener, die eingekerkert waren.

Sie begannen bescheiden, bauten zunächst Lehmhütten, und obwohl hier



Im Kindergarten

gegenwärtig, im Rahmen der Flüchtlingshilfe der UNO, Reihenhäuser aufgeführt werden, bilden die Hütten noch immer den Grundstock der „Wohnsubstanz“. Von Wind und Regen angegriffen, mit löchrigen Wänden, beherbergt jede Hütte 7-10 Personen.

In den letzten Jahren wurden eine Schule, ein Kindergarten und ein Krankenhaus sowie Anlagen für Sport und Jugendveranstaltungen gebaut. Dort werden Kundgebungen durchgeführt und an Nationalfeiertagen Lagerfeuer entzündet.

Wir besuchten Werkstätten, wo Frauen Kleidungsstücke und Decken für die Lagerbewohner nähen, und eine Farm, die für aller Verpflegung sorgt. Der Alltag der Menschen, die sich zeitweilig in der Fremde befinden, ist gut organi-

siert, weist jedoch keine Spur von Militär auf.

Dabei behauptet die amtliche RSA-Propaganda, die SWAPO-Lager in Sambia, Angola und anderen „Frontstaaten“ seien dazu da, Soldaten und Kommandeure auszubilden, die Namibias Befreiungsarmee auffüllten und eine potentielle Bedrohung der RSA seien. Immer wieder wird die Drohung ausgestoßen, die Lager zu vernichten und „mit den Partisanen und Terroristen aus dem Busch“ aufzuräumen.

Leben in der Kommune

Der Direktor des Lagers, der 32jährige energische Leonard Nambahu, geht in seiner Arbeit, mit der ihn das ZK der SWAPO beauftragt hat, auf. Mit 16 Jahren war er der nationalen Befreiungsorganisation beigetreten und dann mehrmals wegen seiner patriotischen Tätigkeit verhaftet worden. Nach der letzten Entlassung mußte er die Heimat verlassen. Er studierte im Ausland, ist Wirtschaftsfachmann und träumt davon, nach der Befreiung Namibias den Bergbau umzustrukturieren und zu entwickeln.

Wie er sagt, leben gegenwärtig 4590 Personen im Lager, davon 700 Kinder, deren Eltern in der Heimat den Kampf fortsetzen bzw. gefallen sind. Ein Teil der Kleinen lebt im Kindergarten, der anderen haben sich einzelne Familien angenommen.

Wie wird das Leben in dieser kleinen Gemeinschaft geregelt?

„Die Direktion“, antwortet Leonard Nambahu, „hat mehrere mit nur wenigen Mitarbeitern besetzte Departements: für Bildung, Gesundheitsschutz, Wirtschaft und Landwirtschaft, für Angelegenheiten der Jugendlichen und der Frauen, für Kindererziehung. Außerdem eins für Politik und Mobilisierung und eins für Rechtsfragen. Ihr Wirkungsbereich dürfte klar sein. Zu den beiden letzten vielleicht nur dies: Das Departement Politik und Mobilisierung sorgt für die Ausführung der grundsätzlichen politischen Bestimmungen des ZK der SWAPO, das für Rechtsfragen gegen jene vorzugehen hat, die im Lager gegen bestimmte Regeln verstoßen. Zum Glück gibt es keine solchen Fälle“, sagt der Direktor lächelnd.

„Und wie ist es mit den militärischen Vorbereitungen, den bewaffneten Einfällen und dem Terrorismus, all dem, wovon Ihre Gegner so viel reden?“

Leonard unterbricht mich:

„All das ist Unsinn. Am besten ist wohl, ich zeige Ihnen, wie wir leben, arbeiten, wie wir ausspannen.“

Der Toyota des Direktors fuhr durch das Lager, sackte immer wieder im zähen Sand ein.

Zuerst halten wir vor dem Krankenhaus. Das ist eine kleine List des Direktors, denn Ndaham Mthoko, die Leiterin, sagt mir sofort:

„Sprechen Sie bitte russisch mit mir. Ich habe direkt Heimweh nach dieser Sprache.“

Wie ich erfahre, hat Ndaham die Medizinische Hochschule in Kiew absolviert. Sie ist die einzige Diplomärztin im Krankenhaus, ihr Personal sind Schwestern und Sanitäterinnen aus dem Lager. Ndaham reibt sich die entzündeten Augen: Eine schwierige Entbindung heute nacht.

Auf der Station liegen 20 Patienten, weitere 50 sind in die Sprechstunde gekommen.

„Warum so viele?“ fragt die Ärztin zurück. „Im Lager mangelt es an Wasser, die Medikamente sind knapp. Am häufigsten leiden die Menschen an Malaria, Ruhr, akuten grippalen Infekten.“

Ndaham Mthoko sagt, daß sie dem Aufenthalt in der UdSSR nicht nur den herrlichen Beruf als Ärztin verdanke, sondern auch und in erster Linie das Vermögen, zu ihren Freunden zu stehen, uneigennützig zu handeln und den Kummer anderer zu teilen.

„Ich bin da nicht allein. Schauen Sie unbedingt auf unserer Farm vorbei, als Hauptveterinär ist dort meine Freundin Rosa Engombe tätig. Auch sie hat in der UdSSR studiert.“

Die Farm sehen wir dann etwas später. Bis dahin haben wir noch Begegnungen mit anderen Lagerbewohnern.

Rhona Halwendo ist in der Näherei beschäftigt. Sie spricht leidenschaftlich, schnell, als hätte sie Angst, nicht alles aussprechen zu können:

„Ich bin mit meinen vier Kindern hergekommen, weil ich die Verfolgungen, denen wir in der Heimat ausgesetzt waren, nicht mehr ertragen konnte. Die Okkupationsbehörden veranstalteten eine regelrechte Jagd auf meinen Mann und mich, und dabei bestand unsere Schuld nur darin, daß wir den Menschen die Augen darüber öffnen wollten, wohin die Marionettenregierung das Land führt. Inzwischen weiß die ganze Welt, daß die Urbevölkerung Namibias im Elend lebt. Das durchschnittliche Einkommen eines Weißen ist 24mal so hoch wie das eines Afrikaners. Den 5000 weißen Farmern gehören über 80 Prozent des fruchtbaren Bodens, den 120 000 afrikanischen Familien aber nur 6 Prozent.“

Kinder gut aufgehoben

Helena Haimbanga leitet den Kindergarten schon seit sieben Jahren.

„Wir sind ein gutes Team“, sagt sie, „25 Erzieher, Köche, Raumpflegerkräfte, freiwillige Aktivisten. Unser 'Betrieb' ist quirlig und lärmreich, auch an Problemen haben wir keinen Mangel: zu wenig Betten, Spielsachen. Wir tun jedoch

„NEUE ZEIT“ 14.87

alles, damit unsere Kinder gesund, freundlich und verständig aufwachsen. Sie sind ja die Zukunft eines unabhängigen Namibia. Sie spielen viel, wir bringen ihnen Singen, Tanzen und Rezitieren bei, aber sie müssen uns auch nach Kräften helfen. Die Älteren beaufsichtigen die Kleineren mit.“

Ein Schwarm von Kindern umringt uns, und die Erzieherin läßt sie für die Gäste das Lied von einem freien Namibia singen.

Ein Schullehrer, dessen Namen ich mir leider nicht notiert habe, greift das



Mitglieder der Jugendliga der SWAPO

Thema Kinder auf. Er zeigt uns den Schulhof, auf dem es sowohl Standardhäuser als auch Flechtwerkhütten gibt. Ich muß an meine Journalistenreise nach Belorussland zurückdenken. Das war vor 10 Jahren, und es ging dorthin, wo während des Großen Vaterländischen Krieges ein Stab der Partisanenbewegung gewirkt hatte. Auch dort, mitten im Wald, hatte man für die Kinder Schulen eingerichtet: Bänke aus rohen Brettern, primitive Wandtafeln, selbstgebasteltes Anschauungsmaterial. Hier sieht es ähnlich aus. Freilich sind mit dem über die UNO erhaltenen Geld ein Sprachlabor mit Tonbandgeräten, mehrere andere gut eingerichtete Fachkabinette und Werkstätten geschaffen worden. Sie bestimmen zwar noch nicht das Antlitz der Schule, aber der Lehrer sieht schon die Zukunft vor sich:

„Im unabhängigen Namibia wird es die allgemeine Schulpflicht geben, alle Schüler werden gleichberechtigt sein, es darf keine Rassendiskriminierung bestehen! Ach käme die Zeit doch schon bald!“

Als wir endlich die Farm erreichten, empfing uns Rosa Engombe.

„Alles, was Sie hier sehen werden, habe ich in der UdSSR gelernt“, sagte sie.

Wir haben dort viel gesehen. Die Farm beschäftigt sich mit Geflügel-, Kaninchen- und Schweinezucht. Wir kamen zur Essenszeit und sahen, daß sich jeder

Bewohner seine Portion aus der gemeinschaftlichen Küche holte. Das haben sie Rosa und ihren Kameraden zu verdanken.

Zuversichtlich

Hakaye Aicicellah, Jahrgang 1958, ging in Namibia zur Schule, wurde jedoch wegen patriotischer Agitation ausgeschlossen. Später, 1975, trat er in die SWAPO ein. Die Verfolgungen durch die Okkupanten zwangen ihn zur Flucht nach Angola. Dann studierte er in Sambia am UNO-Institut für Namibia. Jetzt leitet er im Lager eine Organisation der Jugendlichen der SWAPO. Über sich spricht er nicht gern, über seine Heimat Namibia dagegen kann er stundenlang erzählen.

„Wie jedes andere Volk haben wir Namibier das Recht auf Freiheit und Glück. Unser Land hat alles, was dazu nötig ist: fruchtbare Ländereien, ein gesegnetes Klima, arbeitsame Menschen, sehr reiche Bodenschätze. Die RSA-Behörden haben Namibia aber in ein Gefängnis für mein Volk, in eine einzige Kaserne verwandelt. Wir stehen hinter der SWAPO, unserer einzig rechtmäßigen Vertretung, und fordern keine vorgetäuschte, sondern eine reale Unabhängigkeit. In diesem Geiste erziehen wir auch unsere Jugend.“

„Das Lernen und die Arbeit unserer Jugendlichen sind ihre Vorbereitung auf das Leben in einem unabhängigen Namibia, dessen wahre Herren sie sein werden“, schaltet sich Leonard Nambahu ein. „Im Lager tun wir viel für die Erziehung der Menschen. Wir bringen ihnen die Moral der Zukunft bei, erläutern ihnen die Ziele der SWAPO, unterrichten sie über die internationale Lage. Eine gute Schule der Erziehung ist der Kampf für den Frieden, gegen eine nukleare Katastrophe. Wir wollen ja Freiheit in Frieden. Von hier aus, schicken unsere Kinder Briefe an Reagan und an internationale Organisationen mit der Forderung, die Kriegsvorbereitungen einzustellen.“

Der Sekretär der Jugendsektion fügt hinzu:

„Ich bin überzeugt: Das freie, unabhängige Namibia wird eine aktive Politik von Frieden, Solidarität und Freundschaft, eine Politik der Zusammenarbeit mit allen Völkern verwirklichen.“

Unser Gespräch mit den Leitern des Lagers im Busch von Sambia über die Zukunft Namibias dauerte bis in die späten Abendstunden. Wir unterhielten uns in völliger Dunkelheit, weil ein mechanischer Generator des Lagers höchstens für anderthalb Stunden Strom liefert.

Aber das Licht der Hoffnung ging von diesen Menschen aus, die von der Gerechtigkeit ihrer Sache überzeugt sind und fest glauben: Die Stunde der Freiheit ihrer Heimat ist nah.

Lusaka

König Eishockey



Zehntausende Kanadier konnten unlängst bewegende Augenblicke, die bereits in die Sportgeschichte eingegangen sind, neu durchleben. In der Heimat des Eishockeys spielten sowjetische Cracks, deren Namen hier jung und alt kennt. Vor 15 Jahren hatten sie als Mitglieder des sowjetischen Teams mehrere Spiele gegen die besten Profis Kanadas. Diese Begegnungen fanden auf den Eisarenen beider Länder statt. In drei Spielen siegte die sowjetische Mannschaft, eine Begegnung endete unentschieden, und in vier Spielen setzte sich das kanadische Team durch. Auf das Konto der sowjetischen Eishockeyspieler kamen insgesamt 32 Tore, die Kanadier brachten es auf 31. Das Tor, das den Kanadiern den entscheidenden, vierten Sieg brachte, schoß Paul Henderson nach einem Paß von Phil Esposito 34 Sekunden vor dem Abpfiff.

Die Spiele von 1972 wurden in Kanada die "Jahrhundertrunde" genannt. Solche Worte mögen manchem als Übertreibung oder journalistische Schablone erscheinen, der sich nicht vorstellen kann, was den Kanadiern Eishockey bedeutet. Für sie und die gesamte Sportwelt wurden die mitreißenden Spiele zu einer wahren Entdeckung: Die sowjetischen Spieler bewiesen damals, daß sie den kanadischen Profis ebenbürtig sind.

Der glückliche Gedanke, die "Jahrhundertrunde" wiederaufleben zu lassen, wurde in Kanada begeistert aufgenommen. In dem bunt aufgemachten Programmheft zum Freundschaftstreffen der Eishockeyveteranen begrüßten Premierminister Brian Mulroney, Sportminister John Jelinek sowie der Botschafter der Sowjetunion in Kanada, Alexej Rodionow, die Teilnehmer. Medien und Öffentlichkeit zeigten am Besuch unserer Veteranen enormes Interesse. Bereits auf dem Flughafen Gander auf Neufundland, wo die Aeroflot-Maschine mit dem sowjetischen Team landete, wurde es von kanadischen Journalisten förmlich belagert. Fotos unserer Eishockeyspieler, ein Interview mit Wladislaw Tretjak, Alexander Jakuschew und anderen Größen der "Jahrhundertrunde" 1972 nahmen Spalten, ja ganze Seiten der führenden Zeitungen von Montreal, Toronto und Ottawa ein. Vor jedem Spiel ehrten die Sportler und die Zuschauer mit einer Schweigeminute das Andenken an Wsewolod Bobrow und Valeri Charlamow.

Mehr als 40 000 Zuschauer besuchten die drei Spiele. Die Schlachtenbummler kamen auf ihre Kosten. Kurz vor dem Match in Montreal verfolgte ich im von damals her berühmten Forum-Stadion das Spiel der beiden führenden Mannschaften der Nationalen Eishockey-Liga (NHL) — Montreal Canadiens und Philadelphia Flyers. Und da kann ich sagen, daß die Veteranen mehr Beifall ernteten. Die jungen Profis, sagte mir später Bobby Clark (er war übrigens Kapitän des Teams unserer Rivalen), spielen schnell und hart, wahres Können aber zeigen sie nicht so oft — selbst jene, die als Stars ersten Ranges gelten. In der NHL spielen jetzt nicht 6 Mannschaften wie früher, sondern 21. Bei der gestiegenen Nachfrage nach Eishockeyspielern erfolgt die Auswahl der Nachwuchssportler nicht mehr so streng wie einst.

Übrigens mag das ein Thema für ein besonderes Gespräch sein. Ich habe es hier nur berührt, weil ich betonen will: Die kanadischen Eishockeyfans wußten

das immer noch gekonnt gebotene Spiel der Senioren zu würdigen. Alle Begegnungen, insbesondere die letzte in Ottawa, die unentschieden 8:8 endete, fesselten die Zuschauer. Ein atemberaubendes Tempol Einige Veteranen wie Ivan Cournoyer demonstrierten eine für ihr Alter geradezu unglaubliche Virtuosität. Allen gefiel das korrekte, faire Spiel der Rivalen von damals, ihr Respekt voreinander.

Ebenso freundschaftlich verliefen die Begegnungen der Veteranen auch außerhalb der Eisarena. Natürlich interessierte man sich vor allem dafür, wie bei wem das Leben nach dem Abschied vom großen Sport aussah. Bobby Clark ist jetzt Generaldirektor des Klubs Philadelphia Flyers, den gleichen Posten bekleidet Serge Savard bei Montreal Canadiens. Wjatscheslaw Starschinow leitet den Lehrstuhl für Körperkultur am Moskauer ingenieurphysikalischen Institut und bereitet sich auf die Verteidigung seiner Dissertation vor. Pat Stapleton wurde ein vorbildlicher Farmer und Jewgeni Simin TV-Sportjournalist. Alexander Jakuschew studiert an der Trainerhochschule. Cournoyer hat sich ein Restaurant zugelegt. Übrigens speisten die sowjetischen Hockeyspieler während ihres Aufenthalts in Montreal bei ihm...

Die Kanadier, die zwei von drei Spielen gewannen, gingen als Sieger aus dem ersten Freundschaftsspiel der Veteranen hervor. Offenbar war dabei folgender Umstand nicht unwichtig: Die meisten sowjetischen Eishockeyspieler (unter ihnen 15 Teilnehmer der Runde von 1972) spielten nach dem Abschied vom Nationalteam und von ihren Klubs kaum mehr und waren erst kurz vor der Reise über den Atlantik erneut zusammengekommen. Ihre kanadischen Rivalen aber spielen meist weiter als Amateure in Veteranenteams — sowohl, um sich körperlich fit zu halten, als auch um den Sport zu fördern. Erfahrungen, die sicher Beachtung verdienen. In Kanada gibt es viele solcher Teams. Sie nehmen an Turnieren des Kanadischen Verbandes der Eishockeyveteranen teil, der auch die jetzigen Seniorenbegegnungen ausrichtete.

Nach Meinung des Verbandspräsidenten Larry Regan sowie vieler anderer Organisatoren und Teilnehmer der jüngsten Begegnung, mit denen ich in diesen Frühlingstagen sprach, ist die 1987er Runde ein enormer Erfolg gewesen. Vor allem hat König Eishockey gewonnen — und deshalb sollte auch in Zukunft alles getan werden, um unsere Sportbeziehungen zu festigen.

Albert PIN
NZ-Sonderkorrespondent

Toronto—Ottawa—
Montreal—Moskau

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"

DIE MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“

kommentieren das Geschehen auf allen Kontinenten, berichten über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts. Die NEUE ZEIT bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen. Die NEUE ZEIT erscheint in neun Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch und tschechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.) — Librairie du Monde Entier rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.
— Association Belgique—URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
— Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite — Ile, B-1070 Bruxelles

BRD (36,00 DM) — Plambeck und Co, Druck und Verlag GmbH, Postfach 920, 4040 Neuss 1.
— W. E. Saarbach GmbH, Auslands-Zeitungshandel Postfach 101610 5000 Köln 1
— Kubon & Sagner, Postfach 340108 8000 München 34
— Presse-Vertriebsgesellschaft m.b.H. Börsenstraße 13—15 6000 Frankfurt am Main

DÄNEMARK (132 dkr.)

— „Spütnik“ International Vester Voldgade 11 Copenhagen
— „Akademisk Boghandel“ Universitetsparken 800 Aarhus C Denmark

DDR — Alle Postämter

HOLLAND (46 hfl.)

— „Pegasus“ Boekhandel Leidsestraat 25 Amsterdam
— „Swets“ Subscription Service P.O. Box 845 2160 SZ Lisse

JUGOSLAWIEN

— „Jugoslovenska kniga“, 11 000 Beograd, Terazije 27/11, soba 5.
— Prosveta Export-Import Agency, 11 001 Beograd, Terazije 16/1.
— „Mladost“, OOUR Vanjska Trgovina 41 000 Zagreb, UVOS Casopisa Ilica 30
— „Drzavna Zalozba Slovenije“, Export-Import, 61 001 Ljubljana, Titova 25. P.O.B. 50-1

— Veselin Maslesa OOUR Izvoz-Uvoz „Veselin suas lesa“ Ulica Jna 42 71000 Sarajevo, SFRY

— Knigoizdatelstvo Makedonska Kniga Otdelenije za Stranska literatura Ulica Tiranska bb 91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

— Messageries Paul Kraus, Case, Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.

NORWEGEN (96 nkr.)

— „Narvesens“ A.S. Literaturtjeneste P.O. Box 6125 Etterstad Oslo

ÖSTERREICH (216 ÖS)

— „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.
— „Das Internationale Buch“ Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1.

P O L E N — Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherklubs.

SCHWEIZ (34,00 sfr.)

— Librairie Rousseau 36, rue J.-J. Rousseau Genève.
— Pinkus Froschaugasse 7, 8001 Zürich
— Reiher-Verlag. Postfach 3000. Bern 6.

TSCHECHOSLOWAKEI

— PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
— PNS-UED Gottwaldovo nam 6. Bratislava

UNGARN — Alle Postämter

USA (19,00 \$)

— Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn Drive Rockville, Md. 20852.

WESTBERLIN (36,00 DM)

— „Das europäische Buch“, 1000 Berlin 33 West, Thielallee 34.
— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn/Frau/Frl. Fa Buchhdlg.

Name: Vorname:
Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:
Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre Datum
Bitte Entsprechendes ankreuzen Unterschrift

14159 14 136 304 542
 NVA 32067 A
 2110 9005 0128 PF



„Keinen Pfennig für Raketen!“
 Kinder aus der Bundesrepublik Deutschland

Wie neugeboren



Soner Gürler (Türkei)



**„MENSCH,
 MENSCHHEIT,
 MENSCHLICHKEIT“**

INTERNATIONALER
 WETTBEWERB

Dieter Urban (DDR)